

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Coln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

kosten die dreispaltene Zeitspalt 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zeitstellen die Hälfte.

Nr. 52.

Coln, den 27. Dezember 1907.

VIII. Jahrgang.

Ein

glückseliges neues Jahr

wünscht allen Verbandsmitgliedern:

Die Verbandsleitung.

Rückblick.

1907 — ein Jahr mehr im Zeitenlauf; ein Jahr Kampf um die Arbeiterfrage ist wieder dahin.

Und da sich die neuen Tage
aus dem Schutt der alten bauen,
kann ein ungetriebenes Auge
rückwärts blickend, vorwärts schauen.

Ein Rückblick am Jahreschlusse ist wohl nirgends angebrachter als in der Arbeiterbewegung, in der sich das Werden eines Staates verkörpert. Der auf- und vorwärtstreibende Arbeiterstand muß aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Das Wissen des Geschehenen heißt die Welt, dasjenige verstehen, womit die Arbeiterbewegung unserer Lage zu rechnen hat. Und was zeigt uns das Jahr 1907? Daß die Arbeiterkraft in Zukunft noch mehr wie bisher ihrer eigenen Kraft vertrauen muß, daß sie vor allem ihr Heil nicht in erster Linie von jener Institution erwarten kann, welche die Gemeinschaft aller darstellt, dem Staate und deren Vertreterin, der Regierung.

Zum Anfange des Jahres rief die Regierung das Volk zu einer Parteipolitik, die es nicht hätte zugebilligt werden können, daß der im Vorjahre im Reichstage zurückgewiesene Entwurf bezgl. der Reichsfähigkeit der Berufsvereine die weitesten Kreise von der trostlosen Lage der deutschen Sozialpolitik überzeugt hätte und daß diese unter solchen Umständen durch die Wahl zu Gunsten einer energischeren Fortführung sozialer Maßnahmen demonstriert hätten. Die Wahl vollzog sich indes in einem anderen Rahmen.

Bei der Eröffnung des Reichstages befand die Thronrede die Fortführung der deutschen Sozialpolitik in den bewährten Bahnen. Es folgte bei der reichlichen Arbeiterkraft die Anwendung des früher beschlossenen § 23 des Einkommensteuergesetzes, der durch den sozialreformistischen Staatsminister des Innern von Bismarck, die Erklärung des neuen Staatssekretärs von Rathmann-Hellweg zur Fortführung der Sozialpolitik in beschriebenen Bahnen auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress und der als Kulturfortschritt gepriesene Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes. In Preußen-Deutschland gehen die Minister, aber der Geist, der ein modernes Arbeiterrecht nicht kennt, er schwindet nicht.

Somit wie früher und morgen wie heute denkt man sich in Preußen-Deutschland unter einem nationalgefärbten Arbeiter eine solche Person, die alle anderen Leute vom Volkstüm aufwärts als Autoritäten ansieht und die mit stark entwickelten Untertanenverstande ehrfürchtigvoll all jenes anschaut, was Arbeitgeber und sonstige „Herren“ aus „sozialem Empfinden“ heraus an Wohlfahrtspflege leisteten. Nur so ist es zu verstehen, wenn den zu Pfingsten in Hamburg versammelten „reichstreu“ Arbeitervereinen die wärmste Anteilnahme an ihren Bestrebungen aus Regierungskreisen heraus zugesichert wurde. Unsere Zeit ist noch nicht reif für eine uneingeschränkte Anerkennung selbständiger und selbstbewusster Arbeit der Arbeiterbewegung.

Die Reichstagswahl, wie ihr Ausfall auch sonst sein mag, hat das soziale Gewissen der Herrschenden nicht geschärft und auf dem durch sie geloderten Boden, konnte dann im Jahre 1907 auch die durch Arbeitgeber geführte und von manchen einflussreichen Kreisen sorgsam gepflegte Bewegung, die zur Genüge unter dem Namen gelbe Sozialisten, nationalsozialistische, reformistische und ultraländische Arbeitervereine bekannt ist. Ein Bild, das keiner Schande nicht dank danken wollen.

Was frei! Wie es nach der Reichstagswahl seitens der christlich-nationalen Arbeiterkraft und heute? Die gelbe Bewegung ist nicht so weit und jede selbständige Arbeiterbewegung hat gegenüber dem Arbeiterstand eine verwerfliche Stellung eingenommen, die in einer außerordentlich schwierigen Lage sich befindet. Selbst die sozialdemokratischen und deutschen Arbeiterkongress hat sich überschauen läßt, nicht vermocht, die indifferenten Arbeiterkreise aufzuräumen, und hat bei der Reichstagswahl nur nationale Gedanken in nationale Kreise gesendet. Die Regierung und Bürgerwelt uninteressant.

Was die Arbeiterkraft im Laufe des Jahres sich hat tun lassen, verdient nicht erörtert und allein dem Bericht über ihre eigenen Taten zu überlassen.

politische Betätigung sein mag — die Tatsache, daß 1907 sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den Reichstag einzogen, soll durchaus nicht als etwas untergeordnetes gelten, — die Wurzel der Kraft, mit deren Hilfe die Arbeiterkraft, allen Schwierigkeiten zum Trotz, ihre Emanzipation durchführen kann und will, liegt in der Selbsthilfe und der durch diese bedingenen Organisation. Das Jahr 1907 hat hierfür wiederum den Beweis erbracht.

Der Standpunkt der „Herren im Hause“ und der Ruf: „Wir verhandeln nicht“ werden infolge der von der Arbeiterkraft geführten Kämpfe von den Arbeitgebern bereits revidiert. Schon hat der Zentralverband der Metallindustriellen in verschiedenen Industriezweigen und Gegenden andere Parolen gelten lassen. Ihnen werden die Gewaltigen des Bergbaues folgen müssen. In den Arbeitgeber-Veränden deren Mitglieder meist Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe sind und die sich schon in etwa mit Verhandlungen abgefunden hatten, setzte sich diese Entwicklung im Jahre 1907 fort.

Wie im Baugewerbe, macht sich besonders auch in der Holzindustrie nicht nur die Tendenz zum Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen bemerkbar, sondern auch die zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft, die sich über ganz Deutschland erstrecken soll. Das mögen heute noch Zukunftspläne sein, allein die diesbezüglichen gepflogenen Verhandlungen in Berlin, Eisenach, Gießen und wiederum Berlin, sowie die Lehren, welche aus den noch kommenden Kämpfen gezogen werden dürften, verbürgen, daß einmal doch der Zeitpunkt einer Tarifgemeinschaft für die deutsche Holzindustrie kommen wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Holzarbeiter dürften insgesamt im Jahre 1907, schwerlich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahlen erfahren haben. Was ihnen heute noch Ansehen gewährt, ist die innere Stärke, die in der großen Zahl treuer Mitglieder und der bei diesen anzutreffenden Opferwilligkeit ihren Ausdruck findet. Wäre letztere Tatsache nicht gegeben, so hätten Deutschlands Holzarbeiter gegenüber dem mächtig erstarken Arbeitgeber-Verbande der deutschen Holzindustriellen einen äußerst schweren Stand. Wie letzterer arbeitet und innere Konflikte schnell aus dem Wege räumt, lehrt uns das im Herbst d. J. veranstaltete Geschrei von der „Prämierung der Dummheit und Faulheit“ wie es in Coln bei einem Durchschnittslundenlohn von 52 Pfg. geschehen soll und der Zweikampf Kahardt-Küfelhaus. Unter Leitung dieses Verbandes wurde die große Berliner Holzarbeiter-Aussperrung in Szene gesetzt und wer weiß, ob derselbe angesichts der auftauchenden Krise sich nicht wiederum zu einer ähnlichen Tat aufschwingt.

Die gegnerischen Holzarbeiterorganisationen halten ebenso wie der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1907 nicht den leichtesten Stand. Der soz. Holzarbeiter-Verband wurde durch den Berliner Kampf stark engagiert, und empfand hierdurch im Laufe des Jahres ein andauerndes Ruhebedürfnis bei Lohnbewegungen. Der vom 2. Vorsitzenden dieses Verbandes, im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress, einberufene internationale Holzarbeiter-Kongress hat nicht das gehalten, was man sich von ihm versprach.

Der Hirsch-Dunckerische Gewerkverein der Tischler konnte im Jahre 1907 den Mitgliederstand nicht ausbilden. Das Verhalten dieses Verbandes bei der Aussperrung in Berlin und dem Streik in Südbek, sowie auch das starke Eintreten des Arbeitgeber-Verbandes für denselben, hat ihm die Sympathien der deutschen Holzarbeiter gewiß nicht eingetragen. Es ist zu verstehen, wenn diese Organisation sich durch ihr Verhalten eine starke Bekämpfung seitens des soz. Holzarbeiterverbandes gefallen lassen mußte.

Der vom soz. Verbands gegen den Zentralverband christl. Holzarbeiter geführte Kampf spielte sich in milderen Formen ab, als man dieses in früheren Jahren gewohnt war. Wenn hier und da noch mit unzulässigen Mitteln seitens einzelner Gegner gekämpft wurde, so darf denn doch bei der Betrachtung des Gesamtbildes ein Fortschritt gegen früher nicht verkannt werden. Die Terroristatfälle haben schließlich, dank dem „auf dem Posten“ unserer Kollegen, zugenommen. Es braucht nur an Bremen erinnert zu werden, wo die Holzgenossen, als sie wegen der Nichtzulassung unserer Mitglieder in den Streik traten, eine schändliche Niederlage erlitten. Ihre eigene Fachpresse hat bis heute noch nicht den Mut gefunden, über den Bremer Vorfall zu berichten. Sie schlägt vielmehr die Taktik ein, nunmehr die Christlichen des Terrors zu bekämpfen. Im Hinblick hierauf sei das in Hamburg gefällte Urteil registriert, nach dem die Freisprechung von 18 bez. Verbandsler, welche ein Mitglied des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit außer Arbeit und Brot gesetzt hatten, erfolgte, ein unermessliches Urteil, das, wenn es überall bei solchen Vorkommnissen gefällig würde, die ge-

richtliche Sanktionierung des soz. Terrors und die Vogelweise Erklärung der christl. organisierten Arbeiter bededeutete.

Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter hat im Jahre 1907 den bezgl. der Mitgliederzahl gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Der im 2. Quartal erzielte annehmbare Mitgliederzuwachs wurde durch die folgenden Quartale annähernd wieder ausgeglichen. Gründe hierfür mag's genug geben, läßt doch nicht nur unser Verband, sondern die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung unter einer solchen Stagnation. Der Gedanke, daß es anderen Verbänden ebenso gegangen, ist jedoch ein recht schwacher Trost.

Immerhin gelang es dem Verbands im Jahre 1907 neue Gebiete zu erschließen; im Braucher, Pfälzer und Hirschhaider Gebiete fand er unter den Korbmachern Eingang und unter den Bürstenmachern des Wiesentals weitere Verbreitung.

Schädigend in der Entwicklung war dem Verbands die im Jahre 1907 von den Arbeitgebern sehr reichlich geübte Maßregelungspraxis. Eine Anzahl in der Entwicklung begriffener Zeitstellen fielen dieser zum Opfer. Die kommende Krise wird schwerlich nach dieser Seite hin eine Besserung mit sich bringen. Die Saat, die an Orten ausgestreut, wo die Arbeitgeber so verfahren, wird jedoch nicht verkommen und einmal wird sich der Organisationsgedanke auch hier mit elementarer Macht bei der Arbeiterkraft Durchbruch verschaffen.

Schon die Erfolge, die der Verband im Jahre 1907 durch die von ihm geführten Kämpfe errungen, bürgen dafür, daß der Organisationsgedanke nicht erlischt. Zwar zeitigte das Berichtsjahr nicht die vielen Kämpfe wie seine Vorgänger. Weniger Kämpfe, aber desto größer und intensiver geführt, das war die Signatur. Berlin, der Schwarzwald und Nürnberg sind Beweise dafür. Mit welcher Hartnäckigkeit wird nicht schon der seit dreiviertel Jahre andauernde Kampf der Bürstenarbeiter in Nürnberg geführt?

Die Kampfopfer würden nicht umsonst gebracht. Soweit sich feststellen läßt — genauere Angaben können erst später erfolgen — war es dem Verbands im Jahre 1907 möglich, durch die geführten Lohnbewegungen und Kämpfe, für die Dauer der abgeschlossenen Verträge, zumiß drei Jahre — den Mitgliedern eine

Lohnerhöhung von ca. 1400 000 Mk.
und eine

Arbeitszeitverkürzung von ca. 160 000 Tagen zu erringen. Wahrlich Erfolge, die der gebrauchten Opfer wert sind, und mehr bedeuten, als das Wohlwollen, das man in Regierungskreisen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bekundet.

Die Erfolge legen auch Zeugnis ab von der erstarkten Sechsmündigkeit des Verbandes. Nach demselben doch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1907 an Streikunterstützung aus der Sammlerliste allein 84 823,78 Mk. gegenüber 61 910 Mk. die in allen vier Quartalen des Jahres 1906 an Streik- und Maßregelungsunterstützung verausgabt wurden.

Gegenüber dieser Summe sind die für die Hamburger Streikenden an Extrabeiträgen bis heute eingegangenen 4000 Mk. verschwindend. Trotzdem wird auch in Nürnberg der Verband Wandel schaffen. Schon blüht die Gewerkschaftsfabrik und sieht sie die Zukunft der Hamburger Arbeiterkraft die Unabhängigkeit. Und jeder von den Hamburger Fabrikanten angestrebter Streikprozeß ist nur ein Beweis für den Umschwung der Dinge.

Neben den Kämpfen aber vernachlässigte der Verband auch die sonstigen Aufgaben nicht. Die vom vorigjährigen Verbandstage beschlossene Krankenunterstützung trat am 1. August in Kraft und wurden bereits in den ersten zwei Monaten für diesen Zweck 2835 Mk. aus der Sammlerliste verwandt. Welch großen Wert die Unterstüzungsbewegungen des Verbandes haben, und wie dieselben oft von den Kollegen verkannt werden, zeigte sich vor allem in Neurath d. Rh. Hier traten im III. Quartal annähernd 250 Mitglieder, die auf der Solinger Stahlfabrik beschäftigt waren, wegen sehr sadistischer Gründe aus dem Verbands aus. Kaum vier der Ausgetretenen erkrankte, konnte der Betrieb ab und 6-700 Menschen waren arbeitslos. Die Arbeitsteilunterstützung hatten sich die Kollegen verweigert.

Vorgeschrieben verdient dann auch noch die Tätigkeit des Verbandes unter den heimarbeitenden Korbmachern. Anders gelagerte Verhältnisse bedingen hier auch andere gewerkschaftliche Arbeitsmethoden. So wurde mit Hilfe des Verbandes im Braucher Revier der gemeinsame Bezug von Materialien durchgeführt.

Der inneren Festigung des Verbandes soll das am 1. April d. J. neuerrichtete Sekretariat in Berlin dienen und der wünschenswerten Organisations der christlichen Holzarbeiter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag wird diesem Zweck auch nur förderlich sein.

Das Jahr 1907 mit seinen Enttäuschungen und erfüllten Erwartungen liegt nunmehr hinter uns; ein Jahr des Kampfes und des Erfolges. Und immer wieder lehrt uns alles, was

wird der freie Arbeitsvertrag illusorisch gemacht, wenn nicht ein weiterer Faktor bei Abschließung desselben mitwirkt, nämlich die gewerkschaftliche Organisation. Mit lebhaftem Beifall begleitet, schloß der Redner seinen Vortrag. In der Diskussion mußten unsere Kollegen Lage darüber führen, wie jetzt nach Gründung der Zahlstelle schon die Arbeitgeber damit haushieren gingen, es sei ein sozialdem. Verband am Orte gegründet. Kollege König führte solches Gerücht auf seinen wahren Wert zurück und ermahnte die Kollegen sich davon nicht beirren zu lassen, denn diese Verhandlungen geschähen, um die Kollegen mißtrauisch gegen ihre Berufsinteressenvertreterin, mißtrauisch gegen ihre Organisation zu machen. Dasselbe Manöver haben wir fast überall zu verzeichnen. Seht erst recht muß die Lösung sein: Hinein in den Verband! Auf zur Tat!

Bürsten- und Pinselmacher.

Schlehtman. Eine sehr gut besuchte Versammlung konnte unsere Sektion am 30. Nov. abhalten. Kollege Bacher hielt in derselben ein gut aufgenommenes Referat. Die herrschende Stimmung unter den Kollegen ist der beste Beweis dafür, daß der Solidaritätsgebante bei ihnen feste Wurzeln geschlagen hat. Die Bürstenarbeiter allenthalben werden daher ihre Kollegen aus dem hinteren Wiesental im Zentralverbande christl. Holzarbeiter stets auf dem Posten finden. — Zugunsten der streikenden Kollegen in Kamburg wurde eine Zellerammlung vorgenommen.

Lodtnau. In den ersten Tagen d. M. war eine Aktion eingeleitet für das hindere Wiesental. deren Zweck und Aufgabe sein sollte, Verständnis und Begeisterung für die Organisation unter den Arbeiterinnen zu wecken. Um dies zu ermöglichen, fanden in den Zahlstellen, sowie in allen umliegenden Orten Versammlungen statt. Für Lodtnau war dieselbe auf Sonntag den 1. Dezember anberaumt und war erfreulicherweise sehr gut besucht, hauptsächlich von Arbeiterinnen. Bezirksleiter, Kollege Bacher, referierte über das Thema: Die Frau im Kampf ums Dasein. In trefflichen, überzeugenden Worten legte er die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Leben dar, ihre Bedeutung in der Arbeiterbewegung, die Folgen im Familienleben und besprach sodann die Mittel und Wege, um den herrschenden Mißständen entgegenzutreten. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden seinen Ausführungen, die teilweise mit bitterem Ernst, andererseits auch wieder von gelungenerm Humor begleitet waren und auf die Zuhörer und Zuhörerinnen ihren Eindruck nicht verfehlte. In der Diskussion erörterte der Vorsitzende Kollege Feger die Wichtigkeit einer guten Tagespresse, die auch die Interessen der Arbeiter vertritt und kam auch auf die Verweigerung zu sprechen, von denen manchmal viel abhängt, was die Zustände im Arbeiterstand betreffen. Im Schlußwort richtete Kollege Bacher noch einen kräftigen Appell an die Arbeiterinnen, treu zum Verbands zu halten und in diesem Sinne zu wirken und nicht eher zu ruhen, bis die letzte Arbeiterin dem Verbands angegeschlossen sei. Nachdem auch die Kamburger Verhältnisse zur Erörterung kamen, wurde eine Zellerammlung veranstaltet, welche einen ansehnlichen Betrag ergab. Röge man diese so schon verkündete Versammlung ein neuer Ansporn sein, das Banner der Organisation hochzuhalten und die noch Fernstehenden für unsere Sache zu gewinnen. Es hant bis dahin den Anschein, als ob nur einzelne Kollegen das Geschick der Agitation besorgten. Dann sich nur jeder Kollege einmal gefügt hätte, ich will auch einmal mit einem Kollegen herbringen, dann müßten doch bei der schönen Anzahl Mitglieder wenige mehr da sein, die der Sache noch fernstehen. Ebenso ist es mit dem Versammlungsbesuch, meistens sieht man immer die gleichen Gesichter, während andere lieber dem Kartenspiel nachhängen, oder an anderen Vergnügungen und Alkoholveranstaltungen teilnehmen. Es gibt leider Kollegen, die einfach nicht zu bewegen sind, in eine Versammlung zu gehen. Wo jedoch sich solche Kollegen das so nötige Wissen hernehmen, zumal da man annehmen kann, daß solche auch das Organ nicht regelmäßig lesen. Kollegen! mit solchem Schlenker kommen wir nicht vorwärts. Wenn ein Arbeiter tagtäglich unter den mühseligen Verhältnissen zu leiden hat, und darauf den ihm angebotenen Weg zur Besserung nicht annimmt, dann ist er es auch nicht wert, daß er es besser bekommt. Darum auf Kollegen! Die Versammlungen besucht und spricht Euch gegenseitig aus, dann lernt Ihr Euch auch gegenseitig schätzen und achten und die so notwendige Solidarität wird unbewußt bei Euch entstehen und Früchte zeitigen, deren Genuß ja das Ziel der ganzen Gewerkschaftsbewegung ist.

Scharf zur Arbeit, denn was dem
Leben hält im Maß' nicht auf.

Krankenkasse.

Der heutigen Rechnungslegung liegen die Abrechnungsformulare für das IV. Quartal bei. Mit dem Schluß dieses Jahres schließt die zweijährige Geschäftsperiode ab. Um die rechtzeitige Fertigstellung des Kassens- und Geschäftsberichtes zu ermöglichen, hat die sofortige Erledigung der Abrechnungsarbeiten und die Einreichung der Geldübersicht und Abrechnungsformulare von sämtlichen Verwaltungen bis längstens 15. Januar 1908 zu erfolgen. Es sei nochmals anmerkungswürdig gemacht auf die Einreichung der von jedem Quartalschluß vorhandenen Kassensbücher. Kassensbüchlein dürfen bei den Verwaltungen nicht verbleiben. Dieses gilt insbesondere bei Jahreschluß. Im Übrigen verweisen wir auf das den Abrechnungsformularen beigegebene Handbroschüre und ersuchen um pünktige Besorgung derselben.

Gewerkschaftliches.

Mehr Sinn für das Notwendige kann angebracht der Tatsache verlangt werden, daß es im Verbands noch immer nicht gelungen ist, eine Anzahl kleinere Zahlstellen mit größeren zu verschmelzen, die in einem politisch oder wirtschaftlich abgegrenzten engeren Bezirk liegen. In Nr. 49 des „Holzarbeiter“ vom Jahre 1906 erschien ein Artikel, der sich mit dieser Materie eingehend befaßte und dann auch das Gute zeitigte, daß verständige Kollegen in manchen Zahlstellen sich von den dortselbst angeführten Gründen überzeugen ließen und dahin wirkten, daß ihre Zahlstelle mit anderen vereinigt wurden. Die Kollegen sahen ein, daß mit Kleinigkeitsträmerei innerhalb einer Organisation nichts zu erzielen sei und haben sich dann auch nachher, als die Verschmelzung bereits vollzogen war, ebenso in den Dienst der Sache gestellt als wir vorher. Und daß die Orte, wo eine Verschmelzung vor sich ging, schlecht dabei gefahren sind, wird im Ernstfalle niemand behaupten. Allerdings muß vorausgesetzt werden, daß die Aufgabe der Selbständigkeit einer Zahlstelle für die beteiligten Kollegen nur dann vollen Erfolg bringen kann, wenn die Kollegen alle Rivalität, alle Kirchturnspoluit und alle Kleinigkeitsträmerei fahren lassen und bestrebt sind in der neuen Bildung ihren Posten auszufüllen.

Am Schlusse des Jahres stehend, werden die Vorstandsmitglieder die Beobachtung machen, daß das Bestreben der Verbandsleitung nach möglicher Konzentration der Kräfte nicht umsonst war. Trotz mancher Neugründungen ist die Zahl der Zahlstellen nur unmerklich gestiegen, weil manche kleineren der minder leistungsfähigen Zahlstellen ihre Selbständigkeit aufgaben und sich mit anderen verschmolzen haben. Immerhin aber gibt es noch Zahlstellen genug, die in unverzeihlicher Weise die durch die Zentralisation herbeizuführende innere Stärkung des Verbandes nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollen. Es hieße Wasser in den Rhein tragen, wollte man noch einmal die Gründe anführen, welche die Verschmelzung von Zahlstellen in einem engeren Gebiet, das wirtschaftlich zusammengeschört, oder gar in derselben Stadt nicht nur zweckmäßig, sondern sogar notwendig machen. In verschiedenen Zahlstellen will man diese Notwendigkeit trotz allem, was zu Gunsten der Durchführung der Zentralisation bisher getan und geredet worden ist, noch nicht anerkennen. Derjenige, der mit den Verhältnissen hier vertraut ist und sich in der Erreichung großer Ziele durch Kleinigkeiten nicht behindern läßt, wird sich des Gefühles nicht entwehren können, daß es hier am guten Willen mangelt. Solches aber ist ein Zustand, der lähmend nicht nur auf den engeren Bezirk, sondern auch auf weitere Kreise wirken muß.

Da die Generalversammlungen der Zahlstellen vor der Türe stehen, ist es dort, wo die gekennzeichneten Zustände noch herrschen, gewiß am Platze, wenn die Kollegen eine Gemütskur einzuhalten. Bei der Generalversammlung kann dann ja das endlich gut gemacht werden, was in unverantwortlicher Weise zum Schaden des Verbandes bisher gefehlt wurde. Wird trotz alledem jedoch kein der Allgemeinheit nützendes Resultat erzielt, so wird nach der Anschauung aller verständigen und weiterblickenden Kollegen der nächstjährige Verbandstag sich mit der Sache befassen müssen und zu gleicher Zeit dem Verbandsvorstande Mittel in die Hände zu geben haben, die eine Schädigung des Verbandes durch ungenügenden Zusammenschluß der Kräfte verhüten.

Der sozialdemokratische Tapezierer-Verband zählte am Schlusse des III. Quartals 1907 insgesamt 8638 Mitglieder in 127 Zahlstellen. 158 Mitglieder sind bei der Zentralstelle als Einzelmitglieder angemeldet. Die Mitgliederzahl in den einzelnen Orten ist u. a. folgende: Aachen 18, Augsburg 31, Baden-Baden 2, Bamberg 21, Berlin 1642, Bielefeld 49, Bochum 22, Bonn 12, Bremen 150, Breslau 303, Bromberg 21, Coblenz 23, Köln 187, Grefeld 8, Langig 83, Darmstadt 109, Dortmund 117, Duisburg 49, Düsseldorf 76, Eisenach 17, Eilberfeld 43, Elm 69, Frankfurt a. M. 327, Freiburg i. S. 69, Fürth i. B. 21, Gelsenkirchen 18, Hagen i. B. 41, Hamburg 586, Hamm i. B. 12, Hannover 256, Heidelberg 30, Heilbronn 13, Helmstedt 8, Hildesheim 35, Kaiserlautern 12, Karlsruhe 51, Kiel 93, Konstanz 7, Ludwigshafen 20, Lübeck 58, Magdeburg 65, Mainz 36, Mannheim 127, Metz 27, Minden 13, Mühlhausen i. H. 7, Mülhausen i. A. 20, München 411, N.-Glabach 16, Münster i. B. 21, Nürnberg 130, Offenbach (S.) 12, Osnabrück 21, Posen 44, Regensburg 21, Reichenhall (S.) 2, Saarbrücken 27, Schweinfurt 9, Solingen 18, Straßburg i. E. 35, Stuttgart 208, Ulm 14, Wiesbaden 104, Worms 6, Würzburg 15, Zeitz 6, Pforzheim 23, Paderborn 12, Aschaffenburg 11, Reimscheid 9, Unna 16.

Man vergleiche an den aufgeführten Orten gelegentlich die Zahl der beschäftigten und der organisierten Tapezierer und wird man finden, daß für den Zentralverband christlicher Holzarbeiter unter den Tapezierern noch ein recht ergiebiges Agitationsfeld ist. Eigentlich ist es mehr wie eine beschämende Tatsache, daß unser Verband in vielen der genannten Orte noch keine Sektion der Tapezierer aufzuweisen hat.

Soziale Rundschau.

Das Reichsvereinsgesetz ist in der ersten Lesung vom Reichstage insoweit verabschiedet, als der Entwurf des Bundesrats einer Kommission zur Umarbeitung überwiesen wurde. Die herrschende, wenig geklarte politische Situation ist einer Regelung dieser Materie im Sinne der Arbeiterchaft und Arbeiterbewegung leider durchaus nicht günstig. Es hat fast den Anschein, als wolle die Regierung nur insoweit Konzessionen machen, als der § 7, der von einer anderen als deutschen Versammlungssprache redet, in Frage kommt. Nach neueren Meldungen soll der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache nur in solchen Gegenden gestattet sein, wo die fremde Sprache noch als Landessprache gilt, wie polnisch in Posen, dänisch in Nordschleswig, französisch in Lothringen usw. Daß mit einer solchen Regelung wenig gedient ist, wird jedem einleuchten, der die großen Zahlen der fremdsprachigen Arbeiter in reindeutschen Gebieten beobachten kann. Insbesondere würden der Gewerkschaftsbewegung aus einer derartigen Regelung große Schwierigkeiten erwachsen. — Keine Freude hat der Entwurf der Regierung im Reichstage eigentlich bei keiner Partei erregt und fanden insbesondere die Bestimmungen, die sich als Ausnahmeparagraphen gegen deutsche Bürger richteten, deren Muttersprache nicht die Deutsche ist, reichlichen Widerpruch.

Was aber bei den Debatten nicht genügend beachtet wurde, sind die im Gesetz vorgesehenen Wohlthaten der Polizeiaufsicht, die nunmehr auch der bisher nicht sonderlich vom preussischen Schneid erbauten süddeutschen Bevölkerung zuteil werden sollen. Einer Kulturnation unwürdig ist es, daß untergeordnete Polizeiorgane das Recht haben, auf Grund der Paragraphenmäßigen jedem deutschen Staatsbürger, dessen Anschauungen von der offiziellen Anschauung der Polizei abweichend sind, Schwierigkeiten zu bereiten. Das mag zwar in den Kreisen, wo Gesetze gemacht werden, nicht merkbar sein, da die mit der Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen betrauten Faktoren gemohnt sind, ehrfurchtsvoll an dem Höherstehenden aufzuschauen. Derjenige jedoch, der als simpler Bürger oder Arbeiter durchs Dasein zu gehen gezwungen ist, bekommt bei seiner Betätigung in Vereinen und namentlich in Gewerkschaften nur zu oft die „Staatsgewalt“ zu spüren, die sich in vielen mit der ganzen Paragraphenweisheit des Jahrhunderts ausgestatteten Polizeiorganen verkörpert. Der sich als Staatsbürger fühlende Arbeiter kann nichts anderes als ein solches System der polizeilichen Bevormundung hassen. Die vorgesehene Verpreßung der Reichsvereinsgesetzgebung muß deshalb in Bundesstaaten mit einer fortschrittlicheren Gesetzgebung als ein kultureller Rückschritt erkannt werden. Soviel auch noch an dem Gesetzentwurf der Regierung in der Kommission herumgearbeitet wird, die Wohlthat der Polizeiaufsicht wird dem Preußen erhalten bleiben, und der Süddeutsche wird sie wohl oder übel in Kauf nehmen müssen.

Literarisches.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1908. Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert — 40 Pfg.; gebunden u. Leinwand — 50 Pfg. Verlag der Germania, Alt.-Gef., Berlin O2, Stralauer Straße 25. Das bekannte Taschenbuch, dessen frühere Jahrgänge vielen Tausenden von katholischen Arbeitern ebenso liebe wie nützliche Ratgeber geworden sind, erscheint diesmal wiederum in verbesserter Form. — So ist das Kalendarium auf 80 Seiten vermehrt und auf Schreibpapier gedruckt, wodurch das Buch für umfangreichere Notizen noch besser wie bisher gebraucht werden kann.

Taschenbuch für evangelische Arbeiter. Herausgegeben von Pastor lie. Weber-M.-Glabach und Pastor lie. Mümmel-Berlin. Verlag der Soz. Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland. Preis geb. 50 Pfg., 175 Seiten. Aus dem Inhalt des zum zweitenmal erscheinenden Taschenbuches sei erwähnt: „Bedeutung und Stand der evangelischen Arbeitervereine und der christl. nationalen Arbeiterbewegung.“ Warum bin ich Mitglied eines evangl. Arbeitervereins?“ Warum bin ich Mitglied der christlichen Gewerkschaften? „Erste Anfänge und gegenwärtiger Stand der christlichen Gewerkschaften.“ Praktische Winke aus der gesetzlichen Unfallversicherung“ u. a. m.

Briefkasten.

Des Weihnachtsfestes halber gelangt die Nummer 52 bereits am Dienstag den 24. Dezember zum Versand. Redaktionsschluß ist Montag den 23. Dezember mittags. Nach Kronach. Wird noch geraume Zeit dauern, da die Vorbedingungen heute dafür noch nicht gegeben sind.

Tischler-Fachkurse, Leipzig vom Direktor S. STREICH
Werkmeister, Techniker, Zeichner.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Direktion, Lössnigerstrasse Nr. 15.

Jeder Kollege
muß im Besitze des
Jahrbuchs der deutschen Gewerkschaften
für das Jahr 1908 sein.

Genossenschaftl. Bürstentabrik
Kamburg (Bayern)
Billigste und vorzüglichste Bezugsquelle für
alle Sorten Bürstenwaren
für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Lieferungen nach eingesparten Kosten prompt
und billig. Musterkataloge auf gefälligen
Antrag gratis zu Diensten.

Sachliteratur.

empfehlen die Verhandlung des Generalsekretariats
der christlichen Gewerkschaften. Göttingen, Belvedere 14.

Büchlein: „Der praktische Röbelkämpfer“ mit 151 Abbildungen und 2 Verzeichnissen	geb. 4.50
Beiziele: „Beschreibung, Wechselstunde und Anforderungen des Handwerkers“	geb. 1.50
Beiziele: „Beschreibung, Wechselstunde und Anforderungen des Bau- u. Röbelkämpfers“	geb. 1.50
Beiziele: „Beschreibung, Wechselstunde und Anforderungen des Wegwärters“	geb. 1.50
Beiziele: „Das Beizen und Färben des Holzes“	geb. 3.00
S. Harn: „Zusammenfassendes Verzeichnis zum Verbinden“	broch. 1.50
S. Harn: „Der Beschäftigungsmittler“ aus dem Buch: „Der innere Aufbau“ aus dem Buch: „Die Innere Struktur“ u. Inner- verhältnisse Mensch u. Betriebsverhältnisse; Innere in Gots. Sinn und Sinn	geb. 2.—
Malte & Haupt: „Arbeitsrecht“	geb. 6.—
G. H. Müller: „Der praktische Tischler“ (Hand- und Tischlerhandwerk)	stingant gebunden 15.50

Der Verlag christlicher Schriften, Sozialen, höchsten,
moralischen und allgemeinen Inhalts, kann durch
die Verhandlung des Generalsekretariats gehalten.

Detmolds grösste
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formellehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stillehre I. J., f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.
Zahlstelle Schramberg.
Unsere
Generalversammlung
findet am 5. Januar statt.
Aufsichtiges Erscheinen ist Pflicht!
Der Vorstand.

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Sie beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Wln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zeitungen die Hälfte.

Nr. 52.

Cöln, den 27. Dezember 1907.

VIII. Jahrgang.

Ein
glückseliges neues Jahr
wünscht allen Verbandsmitgliedern:
Die Verbandsleitung.

Rückblick.

1907 — ein Jahr mehr im Reitenlauf; ein Jahr Kampf um die Arbeiterfrage ist wieder dahin.

Und da sich die neuen Tage
Aus dem Schutt der alten bauen,
Kann ein ungetrübtes Auge
Rückwärts blickend, vorwärts schauen.

Ein Rückblick am Jahreschlusse ist wohl nirgends angebrachter als in der Arbeiterbewegung, in der sich das Werden eines Standes verkörpert. Der auf- und vorwärtstreibende Arbeiterstand muß aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Das Wissen des Geschehenen heißt die Welt, dasjenige verstehen, womit die Arbeiterbewegung unserer Lage zu rechnen hat. Und was zeigt uns das Jahr 1907? Daß die Arbeiterschaft in Zukunft noch mehr wie bisher ihrer eigenen Kraft vertrauen muß, daß sie vor allem ihr Heil nicht in erster Linie von jener Institution erwarten kann, welche die Gemeinschaft aller darstellt, dem Staate und deren Vertreterin, der Regierung.

Im Anfange des Jahres rief die Regierung das Volk zu neuen Parteilandschaften. Es galt abzuwarten, was werden können, daß der im Vorjahre im Reichstage zurückgegangene Entwurf bezgl. der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die weitesten Volkskreise von der trostlosen Lage der deutschen Sozialpolitik überzeugt hätte und daß diese unter solchen Eindrücke durch die Wahl zu Gunsten einer energischeren Fortführung staatlicher sozialer Maßnahmen demonstriert hätten. Die Wahl vollzog sich indes in einem anderen Rahmen.

Bei der Eröffnung des Reichstages betonte die Thronrede die Fortführung der deutschen Sozialpolitik in den bewährten Bahnen. Es folgte: bei der preussischen Arbeiterschaft die Anwendung des früher beschlossenen § 29 des Einkommensteuergesetzes, der zum Teil des sozialreformierenden Staatsministers des Innern von Rosabowski, die Erklärung des neuen Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg zur Fortführung der Sozialreform in bewährten Bahnen auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress und — der als Kulturfortschritt gepriesene Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes. In Preußen-Deutschland gehen die Minister, aber der Geist, der ein modernes Arbeiterrecht nicht kennt, er schwindet nicht.

Heute wie früher und morgen wie heute denkt man sich in Preußen-Deutschland unter einem nationalgeleiteten Arbeiter eine solche Person, die alle anderen Leute vom Polizisten aufwärts als Autoritäten anstrebt und die mit stark entwickeltem Untertanenerfassen ehfurchtsvoll all jenes anschaut, was Arbeitgeber und sonstige „Herren“ aus „sozialem Empfinden“ heraus an Wohlfahrtspflege leisten. Nur so ist es zu verstehen, wenn den zu Pfingsten in Hamburg versammelten „reichstreuen“ Arbeitervereinen die wärmste Anteilnahme an ihren Bestrebungen aus Regierungskreisen heraus zugesichert wurde. Unsere Zeit ist noch nicht reif für eine uneingeschränkte Anerkennung selbständiger und selbstbewusster Arbeit der Arbeiterbewegung.

Die Reichstagswahl, wie ihr Ausfall auch sonst sein mag, hat das soziale Gewissen der Herrschenden nicht geschärft und auf dem durch sie gelockerten Boden, konnte dann im Jahre 1907 auch die durch Arbeitgeber geleitete und von manchen einflussreichen Leuten sorgsam gepflegte Bewegung, die zur Genüge unter dem Namen gelbe Gewerkschaften, nationale, reichstreue und vaterländische Arbeitervereine bekannt ist. Ein Volk, das seiner Schande nicht danken wollen.

Dahin freilich hieß es nach der Reichstagswahl seitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft und heute? Die gelbe Bewegung schießt üppig in's Kraut und jede selbständige Arbeiterbewegung hat gegenüber dem Unverstand der verschiedensten Kreise einen äußerst schwierigen Stand. Selbst der so glanzvoll verlaufene II. deutsche Arbeiterkongress hat soweit sich überschauen läßt, nicht vermocht, die indifferenten Arbeitermassen aufzurütteln, und den bei der Reichstagswahl ausgesprochenen nationalen Gedanken in nationale Taten sozialer Art, bei Regierung und Bürgertum umzusetzen.

Was die Arbeiterschaft im Laufe des Jahres sich hat erringen können, verbandt sie einzig und allein dem Vertrauen auf ihre eigene Kraft in der gewerkschaftlichen Organisation. So bedeutungsvoll auch die

politische Betätigung sein mag — die Tatsache, daß 1907 sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den Reichstag einzogen, soll durchaus nicht als etwas untergeordnetes gelten, — die Wurzel der Kraft, mit deren Hilfe die Arbeiterschaft, allen Schwierigkeiten zum Trotz, ihre Emanzipation durchführen kann und will, liegen in der Selbsthilfe und der durch diese bedingenen Organisation. Das Jahr 1907 hat hierfür wiederum den Beweis erbracht.

Der Standpunkt der „Herren im Hause“ und der Ruf: „Wir verhandeln nicht“ werden infolge der von der Arbeiterschaft geführten Kämpfe von den Arbeitgebern bereits revidiert. Schon hat der Zentralverband der Metallindustriellen in verschiedenen Industriezweigen und Gegenden andere Parolen gelten lassen. Ihnen werden die Gewaltigen des Bergbaues folgen müssen. In den Arbeitgeber-Verbänden deren Mitglieder meist Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe sind und die sich schon in etwa mit Verhandlungen abgefunden hatten, jekte sich diese Entwicklung im Jahre 1907 fort.

Wie im Baugewerbe, macht sich besonders auch in der Holzindustrie nicht nur die Tendenz zum Verhandeln mit den Arbeitgeberorganisationen bemerkbar, sondern auch die zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft, die sich über ganz Deutschland erstrecken soll. Das mögen heute noch Zukunftspläne sein, allein die diesbezüglichen Verhandlungen in Berlin, Eisenach, Cassel und wiederum Berlin, sowie die Lehren, welche aus den noch kommenden Kämpfen gezogen werden dürften, verbürgen, daß einmal doch der Zeitpunkt einer Tarifgemeinschaft für die deutsche Holzindustrie kommen wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Holzarbeiter dürften insgesamt im Jahre 1907, schwerlich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahlen erfahren haben. Was ihnen heute noch Ansehen gewährleistet, ist die innere Stärke, die in der großen Zahl treuer Mitglieder und der bei diesen anzutreffenden Opferwilligkeit ihren Ausdruck findet. Wäre letztere Tatsache nicht gegeben, so hätten Deutschlands Holzarbeiter gegenüber dem mächtig erstarkten Arbeitgeber-Verbande der deutschen Holzindustrie einen äußerst schweren Stand. Wie letzterer arbeitet und innere Konflikte schnell aus dem Wege räumt, lehrt uns das im Herbst d. J. veranstaltete Geschehen von der „Prämierung der Dummheit und Faulheit“ wie es in Cöln bei einem Durchschnittshundenlosh von 52 Pfg. geschehen soll und der Zweikampf Khardt-Rückelhaus. Unter Leitung dieses Verbandes wurde die große Berliner Holzarbeiter-Aussperrung in Szene gesetzt und wer weiß, ob derselbe angeichts der auftauchenden Krise sich nicht wiederum zu einer ähnlichen Tat aufschwingt.

Die gegnerischen Holzarbeiterorganisationen halten ebenso wie der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1907 nicht den leichtesten Stand. Der soz. Holzarbeiter-Verband wurde durch den Berliner Kampf stark engagiert, und empfand hierdurch im Laufe des Jahres ein andauerndes Ruhebedürfnis bei Lohnbewegungen. Der vom 2. Vorabend dieses Verbandes, im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress, einberufenen internationalen Holzarbeiter-Kongress hat nicht das gehalten, was man sich von ihm versprach.

Der Hirsch-Dunderische Gewerkverein der Tischler konnte im Jahre 1907 den Mitgliederstand nicht aufhalten. Das Verhalten dieses Verbandes bei der Aussperrung in Berlin und dem Streik in Lübeck, sowie auch das starke Eintreten des Arbeitgeber-Verbandes für denselben, hat ihm die Sympathien der deutschen Holzarbeiter gewiß nicht eingetragen. Es ist zu verstehen, wenn diese Organisation sich durch ihr Verhalten eine starke Bekämpfung seitens des soz. Holzarbeiterverbandes gefallen mußte.

Der vom soz. Verbande gegen den Zentralverband christl. Holzarbeiter geführte Kampf spielte sich in milderer Form ab, als man dieses in früheren Jahren gewohnt war. Wenn hier und da noch mit wahnhaften Mitteln seitens unserer Gegner gekämpft wurde, so darf denn doch bei der Betrachtung des Gesamtens ein Fortschritt gegen früher nicht verkannt werden. Die Terrorismustatorte haben schwerlich, dank dem „auf dem Posten sein“ unserer Kollegen, zugenommen. Es braucht nur an Bremen erinnert zu werden, wo die Holzgenossen, als sie wegen der Nichtzulassung unserer Mitglieder in den Streik traten, eine schmachvolle Niederlage erlitten. Ihre eigene Fachpresse hat bis heute noch nicht den Mut gefunden, über den Bremer Besatz zu berichten. Sie schlägt vielmehr die Lektüre ein, man mehr die Christlichen des Terrors zu beschuldigen. Im Anschluß hieran sei das in Hamburg gefällte Urteil registriert, nach dem die Freisprechung von 18 soz. Verbänden, welche ein Mitglied des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit außer Arbeit und Brot gebracht hätten, erfolgte, ein unverständliches Urteil, das, wenn es überall bei solchen Vorkommnissen gefällt würde, die ge-

richtliche Sanktionierung des soz. Terrors und die Vogelfrei-Erklärung der christl. organisierten Arbeiter bedeutete.

Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter hat im Jahre 1907 den bezgl. der Mitgliederzahl gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Der im 2. Quartal erzielte annehmbare Mitgliederzuwachs wurde durch die folgenden Quartale annähernd wieder ausgeglichen. Gründe hierfür mag's genug geben, läßt doch nicht nur unser Verband, sondern die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung unter einer solchen Stagnation. Der Gedanke, daß es anderen Verbänden ebenso gegangen ist jedoch ein recht schwacher Trost.

Immerhin gelang es dem Verbande im Jahre 1907 neue Gebiete zu erschließen; im Bracheler, Pfälzer und Hirschhaider Gebiete fand er unter den Korbmachern Eingang und unter den Würstenmachern des Westens die weitere Verbreitung.

Schädigend in der Entwicklung war dem Verbande die im Jahre 1907 von den Arbeitgebern sehr reichlich geübte Mafregelungspraxis. Eine Anzahl in der Entwicklung begriffener Zeitstellen fielen dieser zum Opfer. Die kommende Krise wird schwerlich nach dieser Seite hin eine Besserung mit sich bringen. Die Saat, die an Orten ausgestreut, wo die Arbeitgeber so versuchen, wird jedoch nicht verkommen und einmal wird sich der Organisationsgedanke auch hier mit elementarer Macht bei der Arbeiterschaft Durchbruch verschaffen.

Schon die Erfolge, die der Verband im Jahre 1907 durch die von ihm geführten Kämpfe errungen, bürgen dafür, daß der Organisationsgedanke nicht erkrübt. Zwar zeitigte das Berichtsjahr nicht die vielen Kämpfe wie seine Vorgänger. Weniger Kämpfe, aber desto größer und intensiver geführt, das war die Signatur. Berlin, der Schwarzwald und Ramburg sind Beispiele dafür. Mit welcher Hartnäckigkeit wird nicht schon seit dreiwertel Jahre andauernde Kampf der Bürstenarbeiter in Ramburg geführt?

Die Kampfkosten wurden nicht umsonst gebracht. Soweit sich feststellen läßt — genauere Angaben können erst später erfolgen — war es dem Verbande im Jahre 1907 möglich, durch die geführten Lohnbewegungen und Kämpfe, für die Dauer der abgeschlossenen Beiträge, zumiß drei Jahre — den Mitgliedern eine

Lohnerhöhung von ca. 1400000 M.
und eine

Arbeitszeitverlängerung von ca. 160000 Tagen zu erringen. Wahrlich Erfolge, die der gebrachten Opfer wert sind, und mehr bedeuten, als das Wohlwollen, das man in Regierungskreisen der christl.-nationalen Arbeiterbewegung bekennt.

Die Erfolge legen auch Zeugnis ab von der erstarkten Leistungsfähigkeit des Verbandes. Fast derselbe doch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1907 an Streikunterstützung aus der Hauptkasse allein 84823,78 M. gegenüber 61910 M. die in allen vier Quartalen des Jahres 1906 an Streik- und Mafregelungsunterstützung verausgabt wurden.

Gegenüber dieser Summe sind die für die Ramburger Streikenden an Extrabeiträgen bis heute eingegangenen 4000 M. verschwindend. Trotzdem wird auch in Ramburg der Verband Wandel schaffen. Schon blüht die Genossenschaftsfabrik und sichert für die Zukunft der Ramburger Arbeiterschaft die Unabhängigkeit. Und jeder von den Ramburger Fabrikanten angestrebter Streikprozeß ist nur ein Beweis für den Umschwung der Dinge.

Neben den Kämpfen aber vernachlässigte der Verband auch die sonstigen Aufgaben nicht. Die vom vorjährigen Verbandstage beschlossene Krankenunterstützung trat am 1. August in Kraft und wurden bereits in den ersten zwei Monaten für diesen Zweck 2835 M. aus der Hauptkasse verwandt. Welch großer Wert die Unterstützungsrichtungen des Verbandes haben, und wie dieselben oft von den Kollegen verkannt werden, zeigte sich vor allem in Neu-Süd i. W. Hier traten im III. Quartal annähernd 250 Mitglieder, die auf der Gosstiner Schiffabrik beschäftigt waren, wegen sehr sadenheitslicher Gründe aus dem Verbande aus. Kaum war der Austritt erklärt, brante her Betrieb ab und 6-700 Menschen waren arbeitslos. Die Arbeitslosenunterstützung hatten sich die Kollegen versichert.

Hervorgehoben verdient dann auch noch die Längkeit des Verbandes unter den heimarbeitenden Korbmachern. Anders gelagerte Verhältnisse bedingen hier auch andere gewerkschaftliche Arbeitsmethoden. So wurde mit Hilfe des Verbandes im Bracheler Revier der gemeinsame Bezug von Materialien durchgeföhrt.

Der inneren Festigung des Verbandes soll das am 1. April d. J. neuerrichtete Sekretariat in Berlin dienen und der zwischen den Organisationen der christlichen Holzarbeiter Deutschlands, Osterreichs und der Schweiz abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag wird diesen Zweck auch nur förderlich sein.

Das Jahr 1907 mit seinen Enttäuschungen und erfülltten Erwartungen liegt nunmehr hinter uns — ein Jahr des Kampfes und des Erfolges. Und immer wieder lehrt uns alles, was

Nach im Jahre 1907 ereignete, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft nicht erlahmen darf, daß in der Gewerkschaft, im Verbande, vorerst noch die Hauptarbeit für den Arbeiterstand geleistet wird. Seht sich dieser Gebanke in allen Kollegenkreisen durch, dann wird die Zukunft weniger Enttäuschungen, aber desto mehr Erfolge in sich bergen, dann werden auch die Kämpfe des kommenden Jahres die im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter organisierte Kollegenschaft gewappnet finden.

Einiges vom Gelde.

Privateigentum und Arbeitsteilung sind die Voraussetzungen des Tausches. Dieser ist auf der primitivsten Entwicklungsstufe ein Naturaltausch, d. h. zwei verschiedenartige aber jeweils vom Nichtbesitzer begehrte und vom Arbeiter nicht gebräuchliche Güter werden gegeneinander ausgetauscht (Werkzeug gegen Vieh usw.). Allmählich bildet sich dann ein allgemeines Tauschmittel heraus, wodurch Käufe und Verkäufe vom Augenblicksbedarf mehr losgelöst werden. Man kann nun auch kaufen ohne gerade jene Ware zu besitzen, die der Verkäufer entgegennehmen möchte, indem diesem der Güterwert in einer entsprechenden Menge des allgemeinen Tauschmittels erstattet wird. Mit diesem ersticht sich der so bezahlte, dann das von ihm gewünschte Produkt, von einem Dritten usw. Auf der anderen Seite kann nun auch verkauft werden, ohne daß man einen Gegenlauf abzuschießen wünscht, man zieht einfach das Tauschmittel ein und verwahrt es auf Zeiten späterer Bedürftigkeit, anstatt es sofort in andere Güter umzusetzen. So wird der persönliche Tausch nach und nach zum allgemein gesellschaftlichen Handel, die Ansammlung von Tauschmitteln ist die Bürgschaft künftiger Konsumtion, das allgemein anerkannte Tauschmittel wird zum Heptaquantum der Güterwerte; die Besitzverhältnisse werden mehr abstrakt, d. h. sie sind nicht mehr an das Vorhandensein bestimmter Gütermengen, sondern an das Eigentum an Tauschmitteln, Wertrepräsentanten, geknüpft.

Als erstes Tauschmittel diente wohl auf primitiveren Wirtschaftsstufen das geschätzte und begehrte Vieh. Betrachting eine Handhabung halte aber leicht ersichtliche Unbequemlichkeiten. Vieh ist weder leicht transportierbar, noch leicht aufbewahrbar, noch unzerstörlich, noch unverderblich, noch teilbar. Begierde Eigentümlichkeit, die Teilbarkeit, muß aber unbedingt dem allgemeinen Tauschmittel auch anhaften, sonst können ja immer nur jene gerade zufällig gleichwertigen Waren eingetauscht werden. Das Bedürfnis nach einem handlicheren, leblosen Tauschmittel mußte deshalb mit der Komplizierung des wirtschaftlichen Lebens wachsen. Kann konnte ein Gegenstand gefunden werden als das Metall, das sowohl wertvoll und allgemein begehrte, als auch leicht zu handhaben, bequem aufzubewahren, sogar ohne große Schwierigkeit vor Feinden und Dieben zu verbergen und bis ins Kleinste teilbar ist. Das sah dann im Laufe der Zeit unter den verschiedenen Metallen, Silber vor allem, die Edelmetalle, Silber und Gold, den ersten Platz als allgemeine Tauschmittel erlangen, erfüllt die Schönheit, Schönheit und Begehrtheit dieser Metalle. Wo die Geldzahlung — darunter wollen wir von nun an die Zahlung mit Metallen verstehen, wiewohl man als Geld auch jedes allgemein anerkannte Tauschmittel betrachten darf — mehr aufkam, läßt sich schwer nachweisen. Sonstige Zeit ließ sie jedenfalls neben dem allmählich zunehmenden Naturaltausch her mehr auf den Verkehr mit großen Wirtschaften z. B. kaiserlichen Domänen usw. beschränkt. Der Festgroschen ist sicher schon sehr alt, aber auch Naturalgaben an die politischen Territorialherren kommen bis tief in die allgemeine Weltwirtschaft hinein vor. Natürlich war es der erweisliche Handel, der geschäftliche Verkehr mit auswärtigen, reichlichen Konsumenten, von Messe zu Messe wandernden Krämeru usw., die den Geldverkehr zuerst in unsern privaten Verkehrsverhältnissen einführt.

Die Münze wird das Geld durch die Prägung, deren Vorrecht meist dem Privilegierten Herrn resp. dem Landesherrn zugehört. Sie ist eigentlich eine einfache Wertbelegung durch eine obrigkeitliche Inschrift. Hierbei wurde zunächst wenigstens im Prinzip streng darauf festgehalten, daß der wirkliche Marktwert des zur Münze verarbeiteten Metalls der ihr angeprägten Summe entspricht, d. h., daß eine einmünzige Münze aus Silber oder Gold nur so viel Geld verleiht werden konnte wie ihr vorheriger Münzwert war. Dies Prinzip ändert aber an der heutigen Lage gar nichts, daß viele Gemünzter ihr Münzrecht in einem Vollebstreue zu einer Quelle unkontrollierter Einnahmen für sich annehmen, indem sie von dem, der angeprägten Summe entsprechenden Gehaltsunterschied auszunutzen versuchen.

Je mehr der Geldverkehr zu üblichen Zeiten des Güterverkehrs wird, desto mehr nimmt das geringe Edelmetall die Bedeutung eines Messers des Warenpreises an. Die der Zeiger der Uhr die Stunde, der Thermometer die Temperaturgrade anzeigt, so zeigt das Geld den Warenwert. Es heißt ihn nicht etwa Wert und Preisbildung sind Bergänge, die sich in der Tiefe der Weltwirtschaft abspielen und in den entsprechenden Schichten nur ihren Ursprung, wir möchten sagen in den materiellen Ursachen finden, vielmehr gibt es an, in welchen Preisverhältnissen die einzelnen Güter zu einander stehen.

Mit der Höherentwicklung der Staatsgewalt wird auch vor allem mit der immer tiefer in den Privatverkehr eingreifenden rechtlichen Regelung der gegenseitigen Berechtigungen und Verpflichtungen wird die Schaffung eines sog. geschäftlichen Zahlungsmittels notwendig, d. h. von dem herkömmlichen Münze mit dem heute aufgehängten minderwertigen Geld (Papiergeld z. B.) sich eine oder mehrere ausgeführt, die den entsprechenden Münzen entsprechen und als geschäftliches Zahlungsmittel gelten können. Dies nennt man Zahlungsgeld, es ist die Geldart, in welcher jeder Mensch nicht etwa anderweitig durch einen Rechtsakt, seine Zahlungen verlangen kann und der bezahlt werden muß. Bekanntlich hat z. B. der Reichstag nach der O.D. seinen Sohn in Zahlungsgeld zu beschreiben. Das Zahlungsgeld wurde aus anderen Silber oder Gold verfertigt.

Welt- und nationalpolitische Ereignisse legen das moderne Währungsweesen voraus. Zunächst kommt die Edelmetallbereitung der alten Kulturstätten durch die überseeischen Entdeckungen, sowie die Entwicklung des Kolonial- und später Welthandels in Frage, und dann spielt die Schaffung der sog. Nationalstaaten, die politische Konzentrierung der zahllosen für sich wirtschaftenden Territorien, Städte, Fürstentümer, Herzogtümer usw. zu einem einheitlichen Staatswesen eine große Rolle. Das preussische Königreich ist der erste deutsche Staat, welcher schon im 18. Jahrhundert eine planmäßige Politik der Edelmetallanfertigung betrieb. Dieser Staat hat dann später ja auch so bedeutsam zur Einigung der zahllosen zerplitterten deutschen Staaten und Städtlein und damit zur Vereinheitlichung des Münz- und Währungsweesen beigetragen.

Seit der Reichsbildung erfreuen wir uns einer Reichswährung, die sich eine solide Goldgrundlage gegeben hat. Vorher hatten die verschiedensten deutschen Staaten die Silberwährung, auch kam es vor, daß Gold und Silber mit gesegelter Anerkennung neben einander herliefen, woraus sich natürlich zahllose Ungelegenheiten ergaben. Das zum Zahlungsgeld erhobene Metall muß nämlich eine Ware darstellen, die selbst möglichst wenig im Preise schwankt; im Wechsel der Preisbildung muß es einen konstanten Faktor geben, an dem die Veränderungen der übrigen Güterpreise gemessen werden können und als solcher ist nur ein dauernd wertvolles, auch anderweitig in der Produktion verwertbares und stets selten bleibendes Metall zu brauchen. Das Silber weist diese Eigenschaften weniger selten auf als das Gold, weniger begehrte ist es, weil es weniger selten ist und es ist plötzlichen Preisstürzen dadurch ausgesetzt, daß immer neue Silberfunde gemacht werden, die die Bedürfnisse des Geldmarktes und sogar der Silberverarbeitung zu Schmutz usw. weit übersteigen. Als die solideste Währung gilt deshalb heute allgemein die Goldwährung, die am frühesten und erfolgreichsten England eingeführt hat. Deutschland hat in Form der nunmehr eingezogenen Zaler einen kühnen Schritt in die Silberwährung über ein Viertel Jahrhundert herangeschleppt, wir hatten also bis zu dem die Zaler bezeugenden Bundesratsbeschlusse eine sog. hinführende Währung, d. h. eine solche, die neben dem hauptsächlichsten Zahlungsmittel noch ein zweites als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannte.

Das Zahlungsgeld kann nun vollwertig sein, d. h., der Warenpreis des in einer Münze enthaltenen Metalls beträgt so viel wie die Prägung anzeigt. In diesem Falle kann es jedem freistehen, sich aus Edelmetall Geld machen zu lassen, weil niemand dabei eine Bereicherung erfährt. Diesen Zustand nennt man Freiprägbarkeit. Weniger solide und auf die Dauer der Volkswirtschaft weit gefährlicher kann unterwertiges Zahlungsgeld sein, weil bei ihm der wirkliche Warenwert nicht dem Münzwert entspricht.

Im internationalen Austausch verrät sich dann das Mißverhältnis zwischen dem Münzwert des nationalen Goldes und dessen wirklicher Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Das bringt leicht Preiserschütterungen im Inland mit sich, denn auf die Dauer kann man doch in einem Lande mit minderwertiger Währung nicht dieselben Preise bezahlen, wie in Ländern mit soliderer Währung, vielmehr werden die Preise einfach zu lange steigen, bis man mit dem unterwertigen Gelde eben um so viel weniger kaufen kann, als es unterwertig ist. Die Inlandspreise werden also hoch, die Auslandspreise im Vergleich dazu niedrig stehen. Das Ausland wird das minderwertige Geld als Zahlungsmittel verweigern und kostwertiges verlangen; was also an Geld vorhanden ist, wird als Zahlungsmittel in das Ausland strömen, das Inland wird immer geldärmer werden und sich jede Hoffnung auf eine Samierung seines Währungsweesen selbst rauben müssen.

Über ein weiteres Gesichtspunkt. Bei unterwertigem Zahlungsgelde herrscht natürlich keine Freiprägbarkeit, sonst könnte ja jeder aus seinem billigen Silber sich überwertiges Geld herstellen lassen. An die Stelle der Freiprägbarkeit tritt das sog. Sperrgelbssystem, d. h., nur die Regierung hat das Recht der Prägung, das aber für sie natürlich nur ganz vorübergehend eine Einnahmequelle ist, weil sich die Warenwertenerung bald dem verminderten Geldwert anpassen wird. Immerhin basiert die ganze Preisbildung mehr oder weniger auf der regulatorischen Währungspolitik. Kommt nun durch Krieg oder Revolution eine Regierung in Mißkredit, tritt gar der Staatbankrott ein, so wird von dem minderwertigen Gelde sofort der Handel der es funktionierenden Staatseinnahmen weichen. Wenn sich die Warenpreise ihm schon angepaßt, was aber doch nur allmählich geschehen wird, so ist dies nicht so schlimm, als wenn es noch eine über seinen Wert gehende Kaufkraft hätte und nun unerbittlich gewaltig entwertet wird. Das dabei zahllose Verbrechen verübt, einheimische Gewerbetreibende ruiniert und Millionen von kleinen Leuten um den Wert des größten Teils ihres Lebensbesitzes und vor allem ihrer Ersparnisse kammern, ist augenfällig.

Wir haben somit aus den angegebenen und noch anderen sehr komplizierten Gründen ein großes Interesse an einer klaren, wesentlichen Währung und an der Festhaltung eines möglichst stabil im Preise bleibenden Edelmetalls als Zahlungsgeld. Wenn manche Erwerbshände bei uns so sehr auf eine minderwertige Währung, Silberwährung drängen, so ist dies eine sehr langfristige Handelspolitik, die oft erst dann wirklich erschütternde Schäden beruht, die Inlandschulden und Löhne in minderwertigen Gelde zu decken, sich aber als Exporteur vom Ausland kostwertig sein Produkt bezahlen zu lassen. Man wird aber wohl mancher Leser einwenden, wir haben doch gar keine neue Goldwährung, vielmehr arbeiten doch Silber, Nickel und Kupfermünzen. Gewiß ist dies so; diese sind aber nicht Zahlungsgeld, sind nicht zum geschäftlichen Zahlungsmittel erhoben, vielmehr dienen sie nur dem Geldverkehr im Kleinen. Man muß von diesen Münzen nur bis zu einer bestimmten Höchstsumme als Zahlung annehmen (Nikel bis zu 20 M., Nickel bis zu 1 M.) usw. darüber hinausgeht, hat man in Gold zu beanspruchten. Es

ist wichtig, daß sich die lohnnehmenden Arbeiter und kleinen Handwerker dies merken, wie wohl bei uns dank solider Währungsgrundsätze das Wiederloswerden dieses Geldes nicht schwer ist. Dies liegt nämlich daran, daß es zwar allerdings erheblich minderwertig und damit nicht frei prägnant ist, aber daß der Staat seine Herstellung klugerweise nur auf das im Kleinstmaß der täglichen Zahlungen Gebrauchte beschränkt. Das Kontingent dieser sog. Scheidemünzen wird pro Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Die neuerdings festgestellte Bevölkerungszunahme erfordert eine Erhöhung des Gesamtkontingents, und dazu werden die bereits eingezogenen Zaler verwandt werden. Diese Zaler waren, wie schon angedeutet, ein Rest alter Silberwährungen. Langst sind sie minderwertig geworden dank der gewaltigen Silberverbilligung; sie wurden aber als Sperrgeld vom neugegründeten Reich in seinem Währungsengesetz anerkannt. Ihre Beseitigung ist ein deutliches Zeichen wachsenden Goldreichtums und gesteigerter Solidität unserer Währungspolitik.

Somit ist heute das Gold deutsches Währungsmetall geworden. Es war aber schon lange vorher Weltzahlungsmittel und Währungsgrundlage der solidesten Staaten.

Haben wir aber nicht Papiergeld im Umlauf? Gewiß wir haben Reichskassen- und Reichsschatzscheine, die eine Art von Schuldscheinen der goldsuchenden Regierung sind; sie dürfen aber nur in ganz beschränktem Maße herausgegeben werden, so daß sie tatsächlich stets durch des Reichs Goldbestand und Kredit gedeckt sind. Sehr wichtiges Zahlungsmittel sind vor allem unsere Banknoten. Wohl sind sie unstrittig aus Papier, aber jederzeit muß jede Filiale unserer Reichsbank sie auf Wunsch des Besitzers in Gold umwechseln; sie sind also faktisch so gut wie Goldmünzen. Die Gefahr, daß sie einmal nicht von der Reichsbank eingelöst werden können, ist durch gesetzliche Vorkehrungen verhütet. Die Banknoten dürfen nämlich auch nur bis zu einer gewissen Gesamtsumme herausgegeben werden. Außerdem sind sie durch Goldbestände der Reichsbank und so sichere Wechsel gedeckt, daß auch diese jederzeit im Notfall rasch zu Gold gemacht werden könnten. Wir leben also wirklich in einem Lande der Goldwährung und sind infolgedessen wie die übrigen Staaten goldbedürftig. Deshalb ist es im Interesse des Fortgangs und der Sicherung unseres inheimischen Geschäftslebens unbedingt geboten, daß Maßnahmen zur Goldfesthaltung getroffen werden. In unseren Tagen der Geldnot und Goldknappheit ist dies doppelt notwendig.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. Dez. bis 29. Dez. 1907 fällig ist.

Die Zahlstelle Wiesbaden erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pf.

Bis zum 22. Dezember gingen für die Streikenden in Rammberg ein:

- Düsseldorf: Jurnegen 5,30 M., Wegener 2,60 M., Heints 2,10 M., Breiten: Moes 10 M., Gerling 4,20 M., Gabenkamp 1,80 M., Strifa 7,15 M.; Homburg v. d. S.: Ernst 9,80 M.; Brand: Lokalkasse 20 M.; Soest: Lokalkasse 5 M.; Regensburg: Lokalkasse 20 M.; Kiel: 10 M.; Bedum: Lokal 11 M.; Solmar: Bauer 2,45 M.; Furtwangen 18,50 M.; Fisch-Seligental: 4,25 M.; Degenhausen: Henselmeyer 19 M.; Wiesbaden: 10,30 M.; Steinau: 2,60 M.; Tirschenreuth: Weigl 4,40 M., Haas 1,20 M.; Rempten: Lokalkasse 15 M.; Paderborn: Seebath 4,40 M.; Rastenberg 0,50 M.; Kaufbeuren: 5 M.; Oberhausen: Jansen 7,50 M., Koller 2,80 M., Merz 2 M.; Ruhrort: Lokalkasse 50 M., Schiewer 14,30 M.; Ahlen: 15 M.; Bald: 10,80 M.; Osnabrück: 27,50 M.; Münster: zu Weihnachten 100 M.; Söttingen: Lokalkasse 10 M., Krebs 7,50 M.; Rheine: 16 M.; Reichershall: 7 M.

Summa: 466,95 M.
In der vorigen Nr. quittiert: 3577,08 „
Insgesamt: 4044,03 M.

Ueber vorstehende Gelber wird dankend quittiert, und sehen wir weitem Einfendungen entgegen.

Die Kassierer werden schon heute an die pünktliche Abrechnung erinnert. An den Feiertagen ist die beste Gelegenheit, mit den Vertrauensleuten abzurechnen und sonstige notwendige Vorbereitungen zu treffen.

Eine größere Anzahl Zahlstellen sandten noch keine Rentenzahlungen ein. Dieselben werden hiermit aufgefordert, das Besäumte nachzuholen.

Bei allen Geldsendungen bemerke man auf dem Abschluß genau die Bestimmung des Geldes, ob Abrechnung, Rentenzahlung für das 4. Quartal, Krankenkassenbeiträge oder Sammelgelder vorliegen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jung fort.

Junag ist ferngehalten

von Goldarbeitern aller Branchen nach Sipp Springs (Staats of Nevada).

Verbandsmitglieder! Vergelt nicht die Sammlungen für die Kamberger Bürstenarbeiter.

Schreiner: Warendorf (Halsmann), Hennek-Sieg (Fabrik für Gebrauchsgenstände), Solingen, Eilenburg (Kunze), Neu-Zsenburg.
 Sägearbeiter, Maschinenisten und Blagarbeiter nach Neustadt, Hölzlebrud (Waden).
 Bürstenmacher nach Kamberg (Pfalz).
 Drechsler nach Barmen (Firma Justus, Sohn).
 Glaser nach Homburg v. d. S. (Denfeld.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Kronach. Am 7. Dezbr. fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassabericht, 2. Wahl der Vorstandschäft, 3. Wünsche und Anträge. Die Versammlung hätte angesichts der wichtigen Tagesordnung besser d. h. vollzählig besucht sein müssen. Hoffentlich wird's in Zukunft besser. Zu Punkt 1 erstattete Kassierer Wich den Bericht. Daraus war zu ersehen, daß es mit unserer Lokalkasse schlecht bestellt ist. Hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, um in Zukunft unsere Kassenverhältnisse besser zu gestalten, denn je mehr wir in der Kasse haben, desto mehr kann für die Mitglieder geleistet werden. Ueber den Stand der Mitglieder wurde mitgeteilt, daß sich die Zahl der Mitglieder im Laufe des Jahres verdreifacht hat. Punkt 2. Als erster Vorsitzender wurde wiederum Kollege Weberpals, Kollege Wich sen., welcher eine Wiederwahl als Kassierer ablehnte, wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Derselbe hatte den Kassiererposten schon seit Gründung unserer Zahlstelle inne, wofür ihm auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Kollege Stumpf wurde als Kassierer, Wich jun. als Schriftführer, die Kollegen Doppel und Popp als Beisitzer gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Weberpals und Wich jun. gewählt. Sämtliche Genossen nahmen die Wahl an. Zu Punkt 3 wurde vom Kollegen Wich sen. der Antrag gestellt, einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. zu erheben, derselbe wurde jedoch bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Von unserem Sekretär Schwarzer-München erhielten wir einige Exemplare der „Uebersicht über die in letzter Zeit stattgefundenen Lohnbewegungen“ zugewandt, welche an die Mitglieder verteilt wurden. Dieselben mögen sie einer genaueren Durchsicht unterziehen, um zu ersehen, welchen Wert die Organisation hat. Nachdem noch verschiedene andere Punkte erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Da in der nächsten Versammlung noch sehr wichtige Punkte zu erledigen sind, hoffen wir, daß jeder Kollege anwesend ist.

Häufig. Bei den am 12. Dez. hier selbst stattgefundenen Gewerkschaftswahlen wurde von den christlichen Arbeitern ein schöner Erfolg erzielt. Sie erhielten auf Grund des Verhältniswahlrechts 4 und die sozialdem. Gewerkschaften 8 Beisitzer. Die angelegte Bedeutungslosigkeit der Christlichen, wie sie in dem letzten sozialdem. Flugblatt hervorgehoben wurde, hat sich hier gezeigt. Der Antrag zu den Wahlen seitens der Arbeiter war ein starker. Insgesamt wurden 814 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten die Sozialdem. Liste 561 und die christl. Liste 253 Stimmen. Leider konnten eine große Anzahl, zumeist christliche Arbeiter von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Einmal, weil nur ein Wahllokal vorhanden war, und besonders die Auswärtigen nicht stundenlang warten konnten; dann aber hauptsächlich durch die „Genossen“, die durch ihr geradezu standalöses Benehmen das Wahlgeschäft erschwerten, ja sogar unmöglich machten. Mehrere Tumulten spielten sich ab. Zeitweise war es ein lebensgefährliches Gedränge. Tische und Stühle wurden demoliert, das Klavier wurde beschädigt und der Wahlvorstand durch allerlei freche Zwischenrufe belästigt. Verschiedenemale versuchten die Genossenführer ihre Getreuen zur Ruhe zu mahnen, doch vergebens. Schließlich mußte die Wahl unterbrochen werden, um in einem Nebenlokal, unter einem starken Aufgebot polizeilicher Hilfe, fortgesetzt werden zu können. Stundenlang mußten die Wähler in diesem Gedränge stehen, und daher ist es erklärlich, daß viele auf ihr Wahlrecht verzichteten. Die Wahl selbst dauerte bis Nachts 12 Uhr. Auch vor dem Wahllokal spielten sich recht unheimliche Szenen ab. Rufer, wie Streifbrecher, Pfaffenbruder u. dergl. zeigten so recht die sozialdem. Erziehung. Selbst sozialdem. Arbeiter enttrübeten sich vielfach über solches Gebahren.

Kösten. Schon wieder sind wir gezwungen, unser Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen. Wie wir bereits in einer früheren Nummer mitteilten, wurde unser Vorsitzender Pawlowicz wegen seiner Tätigkeit für den Verband gemahngelt. Die Firma Kröfel und Wachsmut glaubte durch diese Tat der Organisation einen Streich durch die Rechnung zu machen. Die Kollegen ließen sich jedoch nicht heirren. Seit der Zeit nun wird den Kollegen jedem Augenblick gesagt: „Wenn's ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen.“ Daß nach derartigen Zuständen sich die Arbeiterschaft nicht seht, ist klar. Trotz der ständigen Reklame an den Anschlagtafeln lenken recht wenig Tischler ihre Schritte nach hier. Nur der Arbeitsnachweis des heutigen Holzarbeiterverbandes in Posen dirigiert seine Mitglieder hierher. Vor einiger Zeit stand in dem roten polnischen Organ in Posen eine Notiz, die besagt: „Kollegen, die nach Kösten in Arbeit treten wollen, haben sich vorher Auskunft aus dem Verbandsbureau zu holen.“ Daß diese Auskunft nicht gut ausfallen konnte, dafür wurde von Kösten aus gesorgt. Aber kaum war die Stelle des Kollegen Pawlowicz frei, als auch schon ein „Genosse“ dieselbe besetzte. Dieses geschah nur zu dem Zweck, dem roten Verband hier Eingang zu verschaffen. Daß durch derartige schändliche Befehle der Stelle eines gemahngelten Kollegen der Arbeitgeber in seiner Macht gestärkt wird, wird den Führern des roten Verbandes doch wohl auch einleuchten. Die Konsequenz aus diesem Ereignis ziehen die Kollegen in Kösten bereits. In voriger Woche ist schon ein Kollege vom roten Verbands übergetreten. An den Kollegen von Kösten aber liegt es, dahin zu wirken, daß die Worte des Kollegen Schopohl, der am Sonntag den 15. Dez. zur außerordentlichen Versammlung erschien, in die Tat umgesetzt werden. Sorge jeder dafür, daß bald alle Tischler, Maschinenführer, Pantoffelmacher u. s. w. in unseren Verbände organisiert sind. Sorge aber auch jeder dafür, daß Ordnung in der Zahlstelle bleibt, die Beiträge pünktlich entrichtet werden u. s. w.

Nürnberg. Die christlichen Gewerkschaften Nürnbergs haben sich ein gemeinsames Verteilungskartell „Die goldene Schwane“ am Theresienplatz geschlossen. Laut Vertrag, welcher vom Ortskartell abgeschlossen wurde, verpflichtete sich der Beisitzer des Hauptlokal zur goldenen Schwane den Gewerkschaften seinen Saal und die Nebenräume nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Gewerkschaften verpflichteten sich hingegen ihre regelmäßigen Versammlungen und Sitzungen ab Januar 1908 dortselbst zu halten. Das Lokal ist in Mitte der Stadt gelegen, hat einen Saal für circa 300 Personen und kleinere Nebenräume, so daß es sich für die Versammlungen und Sitzungen

sehr gut eignet. Die Schwane ist ein frequenter Gasthof und ist deshalb auch zu gelegentlichem Besuch außerhalb der Versammlungen zu empfehlen. Zuweisende Kollegen können dort zu ermäßigtem Preise übernachten.

Schönlank. In letzter Zeit herrschte in unserer Zahlstelle eine rege Werbearbeit und wurden durch diese auch ganz schöne Erfolge erzielt. Nach unserer Versammlung vom 17. November jedoch zu urteilen, ist die Regamkeit der Kollegen vorbei und scheinen sie ihren Winterschlaf antreten zu wollen. Wenn nun hier manche Kollegen einwenden, es wäre keine Sache, wenn eine große Versammlung angeordnet wäre und dann doch nicht stattfinden, wie dieses neulich passierte, weil der Referent, Kollege Krause-Danzig, plötzlich verhindert war zu erscheinen, so ist das doch kein Grund für die eintretende Laueheit. Ein tüchtiger Gewerkschaftler nimmt solche Dinge, so unangenehm sie auch sein mögen, mit in Kauf, und sucht deren Folgen, falls sie nachteilig für den Organisationsgedanken wären, zu beseitigen. Handeln wir dementsprechend. — Hingewiesen sei auch auf den stattfindenden sozialen Unterrichtskursus, und werden die Kollegen um zahlreiche Teilnahme an demselben gebeten.

Holzlagerarbeiter.

Bremen. Einige Vorkommnisse, welche in der letzten Zeit hier geschehen sind, verdienen der Öffentlichkeit übergeben zu werden, um zu zeigen, welche Mittel unsere Gegner vom roten Verband anwenden, um den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. Da die „Genossen“ vom roten Hafnarbeiter- und Holzarbeiterverband im Frühjahr trotz Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch unsere Kollegen nicht aus der Arbeit hinausstreifen konnten, dank der Einmütigkeit der letzteren und dem Verhalten der Firma Logemann & Wardenburg, versuchten sie es nun mit allen erdenklichen Mitteln und Schikanen unseren Kollegen die Arbeit zu verweigern, oder sogar unmöglich zu machen. Zunächst folgender Fall. Unser Kollege S. nahm Arbeit bei der Firma Schmebes am Sicherheitshafen. Als organisierter Kollege konnte S. sich nun zwar ausweisen, aber — — Ein Oberholzgenosse nahm das Verbandsbuch an sich, mit der Erklärung: „Du mußt dich umschreiben lassen, denn wir dulden hier keine Christlichen.“ Trotz dem unser Kollege seine Einwilligung nicht gegeben hat, wurde ihm das Buch nicht zurückgegeben. Wo bleibt hier das „freie“ Koalitionsrecht? Die beiden folgenden Fälle beweisen, wie tief ein Arbeiter als „zielbewußter Genosse“ sinken kann. Am Freitag den 13. Dezbr. war u. a. auch unser Kollege St. beim Lüchsen des Holz dampfers „Saphir“ beschäftigt. Um nun zu erfahren, welcher Arbeiter christlich oder rot organisiert sei, wurde von den Hafnarbeiterverbandsmitgliedern das Rätsel gelöst gemacht: „Bist Du Freund oder Feind? Bist Du Feind, so bekommt Du eine große Tracht, bist Du Freund, dann eine kleine Tracht“. Wie nun diese Helben erfahren hatten, daß er ein christlicher sei, wurde ihm von zwei Mann (sonst nur 1 Mann) eine Tracht Holz gegeben, welche ein Arbeiter mit Anspannung aller Kräfte kaum tragen konnte. Auf eine Anfrage des St., was er ihnen getan habe, wurden ihm allerlei Schmeicheln zugerufen, sowie die Drohung ausgesprochen, ihn über Bord zu werfen. An Land beordert, fragte er nochmals: „Was wollt ihr denn von mir“, worauf 2 Stauer sich taktlos an ihm vergriffen und blutig schlugen; ein dritter gab noch einen Fußtritt hinterdrein. Die Besonnenheit unserer Kollegen hat noch schlimmeres abgewendet. Diese Sache wird ein gerichtliches Rechtspiel haben. Jeder anständig denkende Arbeiter, wenn er auch Gegner ist, muß die Ueberzeugung gewinnen, daß mit solchen Mitteln der deutsche Arbeiter nicht die Gleichberechtigung erkämpfen kann. Wie wird es nun aber erst im Zukunftsaute aussehen? Auscheinend wird dann das Faustrecht wieder zur Geltung kommen. Sonntag den 15. Dezbr., mittags 2 Uhr, auf dem Wege nach Hause von der Arbeit, fühlte ein Hafenarbeiter seinen Nachbedarf dadurch, daß derselbe unseren Kollegen H. ohne Grund mit einer großen Bierflasche warf. Glücklichweise vermied er der Wurf sein Ziel. Auch hier wurde durch die Besonnenheit unserer Kollegen schlimmeres verhindert. Leider hat es einige Kollegen gegeben, welche sich durch diese sog. Kaufbovontolite einschüchtern lassen und unserem Verbands den Rücken kehren. Abgleich es zu verstehen ist, wenn die Kollegen wider Willen ihren Rock wechseln um Ruhe zu haben, so muß doch gesagt werden, daß der Uebermut der „Genossen“ mit solchem Umkippen nicht gedrohen werden kann. Das Gefühl der Pflicht verlangt vielmehr, daß unsere Kollegen auf ihrem Posten ausharren und mit Betrachtung auf jene armjeligen Tröpfe schauen, die nicht mit Gottes Waffen, sondern mit brutaler Gewalt ihren Ideen Ausbreitung verschaffen wollen. Diese Sorte „Genossen“ mag sich merken, daß es noch nicht aller Tage Abend ist.

Büttner.

Würzburg. Man hat, nicht mit Unrecht, schon oft dem Satz ausgesprochen, daß die Organisationsverhältnisse der Arbeiter eines Berufes der Gradmesser ist, an der man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genau bemessen kann. Die Wahrheit dieses Satzes trifft bei den Büttnern in hiesiger Stadt zu. Wenn man bedenkt, daß erst 40% der hier in Betracht kommenden Büttner sich einer Organisation angeschlossen haben, so wird einem klar, warum die Lage derselben noch eine solch traurige ist. Man kann mit Recht behaupten, daß die Arbeitszeit der Büttner die längste ist unter denjenigen Berufen, die eine derartige Anstrengung der Kräfte des Körpers erfordert und von solch gesundheitsschädlichen Einwirkungen begleitet sind, wie dies namentlich bei den Reklambüttnern der Fall ist. Haben wir hier doch noch eine 12- und 18 stündige Arbeitszeit zu verzeichnen und wenn man dann noch Wochenlöhne antrifft von 15—18 Mk., so wird man nicht mehr abstreiten können, daß hier einmal energig vorgegangen werden muß. Unsonst als auch die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in hiesiger Stadt auch immer mehr steigen. Dafür zeugt der jüngste Beschluß der Wählerinnung, den Brotpreis um ein ganz beträchtliches zu erhöhen. Wir haben aber bis jetzt noch nichts gehört, daß auch unsere Herren Arbeitgeber darauf Rücksicht genommen und die Löhne etwas erhöht haben; daß sie dieses können, wird ein jeder Kollege wissen, der etwas kalkulieren kann. Wo die Söhne Israels einmal so starr in einer Branche vertrieben sind, wie dies bei den hiesigen Weinbäumern der Fall ist, da kann man sicher damit rechnen, daß dabei ein Geschäftchen zu machen ist. Was die meiste Erbitterung erregt, ist die Behandlung, die oft nicht weniger als menschenwürdig ist. Schreiber dieses war vor einigen Tagen Zeuge, wie ein Arbeitgeber, die doch in der Bildung weiter vorgeschritten sein wollen, wie ein gewöhnlicher Arbeitermann, einem Kollegen eines geringen Anlisses wegen mit solch gemeinen Schimpfungen traktierte, daß sich die Feder kräusen würde, dieselben widerzugeben. Segen alle die hier angeführten

Zustände, sowohl was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie auch die menschenwürdige Behandlung anbelangen, kann der einzelne nichts ausrichten, man würde ihm einfach kündigen, wenn er sich dieses nicht bieten lassen will. Erst wenn der Kollege einer starken Organisation angehört, die für ihn eintritt, wird man ihn auch auf Seiten der Arbeitgeber respektieren. Dann haben wir auch noch mit einer großen Zahl von Kleinmeister zu rechnen. Diese Kleinmeister beschäftigen einige Gehilfen und Lehrlinge und arbeiten mit diesen in den kleinen Weinhandlungen. Sie können deshalb nur als Zwischenmeister betrachtet werden. Die Kleinmeister wissen nun nichts Besseres zu tun, als unsere Organisation zu bekämpfen, anstatt einzusehen, daß durch die Steigerung der Löhne der Gehilfen auch die der Meister erhöht werden, da dieselben doch auch zum größten Teil in den Tagelohn arbeiten. Wir haben deshalb gar keine Ursache, die Restanten auch noch für diese Zwischenmeister aus dem Feuer zu holen, umso mehr als auch bei ihnen, wo das Koste und Logiswesen vorherrschend, noch sehr große Mißstände zu verzeichnen sind. Man braucht dieses nicht näher zu beleuchten, denn unsere Kollegen erfahren es am eigenen Leibe. Wenn man sich nun fragt, welchem Verbands soll ich mich anschließen, so kann für jeden nicht sozialdemokratisch gesinnten Kollegen nur der christliche Holzarbeiterverband in Betracht kommen. Dieser allein ist es, der die berechtigten Forderungen der Kollegen vertritt und dabei aber die religiösen und politischen Ueberzeugungen seiner Mitglieder achtet, was beim soziald. Büttnerverband nicht der Fall ist. Das hat deutlich der Gauleiter Seel aus Mainz in einer Versammlung in Dresden bewiesen, wo derselbe über die kathol. Kirche hergefallen und deren Einrichtungen verunglimpft hat. Dieses gehört doch nicht in eine Verbandsversammlung, denn das hat doch nichts mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu tun. Kein Kollege, der noch eine religiöse Ueberzeugung hat, kann es mit seinem Charakter vereinbaren, sich diesem Verbands anzuschließen. In der oben erwähnten Versammlung wurde auch kontrolliert, ob alle Mitglieder des „freien“ Büttnerverbandes die soziald. Parteizeitung lesen. So zeigt man dort, wo man die Macht hat, das wahre Gesicht. Natürlich, wenn dann der Herr Gauleiter Seel nach Würzburg kommt, so hängt er wieder das neutrale Mäntelchen um, denn hier darf man das wahre Gesicht nicht zeigen, sonst werden die Kollegen flüchtig. Dasselbe Mäntelchen hat Herr Seel in einer jüngst hier abgehaltenen öffentl. Büttnerversammlung unternommen, wo es demselben vorkommen war, recht wader über die christlichen Verbände zu schimpfen. Wenn die Lage der Büttner mit zukunftsfaulischen Phrasen geföbert würden, dann gebührte dem soziald. Büttnerverband die erste Prämie. Wie die Lage der Büttner aber durch die Tat vom sogd. Verbands gefördert wird, zeigt folgender Vorfall: In einem hiesigen Geschäft arbeitete ein Vertrauensmann des soziald. Büttnerverbandes und auch ein Mitglied unseres Verbandes. Als die Feierabendstunde herangekommen war, machte der Meister darauf aufmerksam, daß die Kollegen aufhören sollten zu arbeiten; da war es der Vertrauensmann des soziald. Büttnerverbandes, der den Schmarotzer machte, indem er dem Meister erklärte, daß sie noch dieses und jenes fertig machen wollten. Erst dem energigsten Widerspruch des Mitgliedes unseres Verbandes war es zu verdanken, daß in dem betreffenden Geschäft die Arbeitszeit richtig eingehalten wurde. Es wäre deshalb mütlicher, daß wenn der Herr Gauleiter Seel wieder hierher kommt und anstatt eines „geistreichen“ Referats über die angeblichen christl. Arbeiterverräter (?) er zuerst einmal den Mitgliedern und Vertrauensmännern seines Verbandes die Pflichten vor Augen führt, die sie zu erfüllen haben als Gewerkschaftler und nicht als Sozialdemokraten. Kollegen, es ist unserer Sache nicht gebient, wenn wir eine Faust in der Tasche halten, sondern es kann nur dadurch eine Besserung unserer Verhältnisse geschaffen werden, wenn wir uns dem Zentralverbände christlicher Holzarbeiter anschließen, wo wir dann vereint das Erreichen werden, was der einzelne nicht vermag.

Bürsten- und Pinselmacher.

Strasbourg (Elsaß). Wir müssen heute über eine sonderbare Praxis der Firma Oskar Kirsten, Bürsten-, Pinsel- und Pfannenwarenfabrik, berichten. Bei dieser Firma war eine Kollegin 7 Jahre beschäftigt, zuletzt, weil sie familiäre Verhältnisse dazu zwangen, als Heimarbeiterin. Die bei der Arbeit notwendige Schere lieferte die Firma. Eines Tages nun, ging die Schere am Gestell entzwei und konstatierte man einen allen Bruch. Die Firma behauptete nun, die Schere sei gefallen und rühre daher der Bruch. Eine Zeugin hat hingegen gesehen, wie die Schere bei der Arbeit zerbrach. Zuerst wollte die Firma den ganzen Preis der Schere ersetzt haben, behielt dann schließlich aber nur 15,86 Mk. vom Lohn der Kollegin ein. Der Kollegin wurde dann eine andere Schere gestellt. Als die Firma der Arbeiterin schließlich keine Arbeit mehr gab und letztere sich hatte dahin begeben lassen, daß ein Fabrikant kein Recht habe, für entzwei gegangenes Werkzeug ohne weiteres den Lohn einzubehalten und auf die Rückgabe des Werkzeuges dränge, andernfalls sie die Schere als ihr Eigentum betrachte, da stellte sich, durch die Firma aufgefordert, ein Polizeibeamter ein, um die Zurückgabe der Schere zu erlangen. Diesem kam die Kollegin nach und erhielt sie dann von der Firma Kirsten folgende Schlußabrechnung:

Schere zum Schleifen	9,60 Mk.
Davon bezahlt	6,00
	Rekt 3,00 Mk.
6 Dsd. Karbotten à 13 Pfg. macht	9,36 Mk.
geht ab 2 Monate Krankengeld	
à 1,76 Mk. = 3,52 Mk.	
Invalidegeld:	
10x24 Pfg. = 2,40 Mk. die Hälfte	1,20 Mk.
	4,72 Mk.
	4,72
	Rekt der Schere
	3,00
	1,64 Mk.

Mit 1,64 Mk. mußte sich ja die Kollegin zufrieden stellen, als sie das Erträgnis ihrer Hände Arbeit in Empfang nahm. Jedenfalls wird sich das Gemeindericht noch mit der Sache zu befassen haben. Abgesehen davon, daß, wie schon erwähnt, ein Arbeitgeber kein Recht hat, ohne weiteres andere Dinge mit dem Arbeitslohn aufzurechnen, hat er auch keine Befugnis, für 2 Monate Krankengeld und für 10 Wochen „Invalidegeld“ vom Lohn abzuhalten. Die gesetzlichen Bestimmungen ermächtigen ihn bis zum Abzug für 2 Lohnzahlungssperioden. — An dem gekennzeichneten Falle sieht man wieder einmal recht deutlich, was sich Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern und besonders aber Arbeiterinnen erlauben. Besserung kann nur herbeigeführt werden, durch eine starke Organisation und durch die Schulung der Arbeiterschaft innerhalb derselben.

Stadelhofen.

Lloyd Krebs, Schreiner, gestorben zu Neudorf.
Gasper Wehlers, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf.
Friedrich Polakowski, Buchbinder, gestorben zu Lohn.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Noter Terror in Viefelsfeld.

Die Viefelsfelder Genossen sind z. B. vom Christentum befallen. Nicht wenig zu dieser zeitgemäßen Krankheit mag die für die „Genossen“ in Viefelsfeld günstige ausgefallene Reichs-, sowie auch Stadtwahl beitragen haben. Das hat ihr Wohlgefühl gestärkt und gehen sie nunmehr mit einer wahren Verehrung gegen die christlichen Gewerkschaften vor. Besonders gegen die Mitglieder des christl. Metallarbeiterverbandes.
Mit dem Wachsen der Ortsgruppe letzteren Verbandes begannen die Genossen christlich organisierten Metallarbeiter wurden immer gefährlicher, indem man sie auf Arbeit warten ließ; andere durch Beschuldigung der ungesetzlichen Arbeit, Verlust von Arbeitsstellen usw. Solche Vorkommnisse waren nur dadurch möglich, daß verschiedene Untermeister mit den Sozialdemokraten kooptierten. Im vorigen Jahre kam es auch schon zu Tätlichkeiten gegen christl. Gewerkschaftler. Mehrere Genossen wurden deshalb zu Gefängnisstrafen bis zu 14 Tagen verurteilt. Bedrohlich sind aber nicht nur die Genossen, wenn man sieht, wie ihre Führer nichts tun, um einen solchen Zustand zu beseitigen, sondern auch die Arbeiter, die in ihrem eigenen Interesse das Christentum bei der Firma Gortz kriechen lassen. Nicht zum sozialdem. Metallarbeiterverbande übertraten, sondern Arbeiter wurden mit „Lohnmangels“ bedroht, man drohe wegen Nichtbeitritts von Christlichen die Broten herabzusetzen usw. Als unter diesen Umständen sich die christlichen Arbeiter sammelten und in größerer Zahl bei der Firma Gortz in Arbeit traten, ging der Kampf gegen sie erst recht los. Eine ganze Anzahl christlicher Gewerkschaftler wurden heimtückisch überfallen und mißhandelt. Besonders Ziel des Hasses war der Vorsitzende der Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes. In Flugblättern, welche vom Leiter der sozialdem. Verbandesverwaltung in Viefelsfeld, Reichstagsabgeordneter Karl Sehering, herausgegeben, wurde gegen Wehner gehetzt, Straß- und Hausnummer seiner Wohnung angegeben und so indirekt der Januaregrief veranlaßt. Gewalttätigkeiten zu veranlassen. Der Erfolg dieser Heßarbeit zeigte sich sehr bald. Wehner wurde von einer Horde auf seiner Straße angegriffen und blutig geschlagen, daß er zeitliche Hilfe in der Klinik bedürfen mußte. Damit nicht genug, zog eine Horde Metzger, Köcher und Kinder vor die Wohnung Wehners und bewachten die Fenster mit Steinwürfen, so daß die Familie flüchten mußte.
In Viefelsfeld, die überall verbreitet werden, lautet der Inhalt der Heßblätter: „Wir werden vertrieben, als sei niemals von uns ein Verbrechen geschehen, ein Dorn aus Andersdenkende ausgeräumt worden. Dabei ließ der Herr Reichstagsabgeordnete aber in einer Reichstagsdebatte, die über uns gienge, die darauf abzielte, daß er die Mißhandlungen der christlichen Arbeiter völlig billige. Außerdem bringt die „Reichstagsdebatte“ einen Artikel zu den Viefelsfeldern, verurteilt den Reichstagsabgeordneten Sehering, der mit einem wahren Spitznamen die Taten der Viefelsfelder Genossen verurteilt.“
Um all den Schanden die Krone aufzusetzen, versucht man in Viefelsfeld durch die Presse, die christlichen mit dem Obmann des Reichstags zu verärgern. Unter ungehöriger Schandenschilderung ist in der Debatte der Firma Gortz ein Streit, der bei anderer Behandlung mit dem Ziel haben kann, die christl. Arbeiter aus dem Betriebe heraus zu katapultieren. Da aber die christlichen nicht so leicht zu „katapultieren“ zu werden, wurde die Debatte durch die Zeitung, die die christlichen Arbeiter in Viefelsfeld vertritt, abgebrochen, was für die christlichen Arbeiter besonders bei der Debatte der letzten Tagung sehr schmerzhaft war.

Riederlage des soziald. Buchdrucker-Verbandes in der Organisationsvertragsfrage. Gelegentlich des Abschlusses des Tarifvertrages im Buchdruckerhandwerk wurde auch bekannt, daß neben dem Tarifvertrage noch ein Organisationsvertrag zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem sojd. Buchdrucker-Verbande abgeschlossen war. Nach letztem sollten die Mitglieder des soziald. Verbandes verpflichtet sein, nur bei Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation in Arbeit zu treten, und umgekehrt die Arbeitgeber nur solche Gehilfen einstellen dürfen, die soziald. organisiert waren. Als Beginn dieser Abmachungen war der 1. Januar 1908 festgesetzt.
Daß ein Monopol, wie es hier für den soziald. Buchdrucker-Verband geschaffen, dazu beitragen muß, Erbitterung in der nichtsozialdemokratischen Arbeiterwelt zu erregen, versteht sich von selbst. Ein solches Monopol zu sanctionieren, hieße ja seitens der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft moralischen Selbstmord begehen. So wurde beim Kampf von den christlichen Gewerkschaften und dem ihnen inzwischen beigetretenen Günterbergbund gegen jenes Monopol aufgenommen, mit dem Erfolge, daß die Bestimmung bez. der Nur-Beschäftigung soziald. organisierter Buchdruckergehilfen aufgehoben wurde.
Damit hat der neben dem Buchdruckerhandwerk herlaufende Organisationsvertrag, seine Bedeutung verloren. Das blinde Loben des roten Buchdrucker-Verbandes gegen die christl. Gewerkschaften und den Günterbergbund um die Aufrechterhaltung jener Bestimmung war unsonst und dürfte sich heute wohl darüber, daß der soziald. Buchdrucker-Verband eine gründliche Niederlage erlitten hat, niemand klarer sein, wie letzterer selbst.
Verhättnis Ausperrung der Schuhmacher in Gausau. Nachdem am Montag den 9. Dezember auf Grund gegenseitiger Verständigung in einem Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen konnte, ist am Montag den 16. Dezember dies auch bei den übrigen Fabrikanten geschehen. Die Vereinbarungen lauteten, daß alle Arbeiter wieder in Betriebe eingestellt, wegen Buchdruckerhandwerk von Verbänden niemand Schwierigkeiten bereitet und auch keinerlei Maßregelungen, erfolgen sollen. Ferner gaben die Fabrikanten des Versprechens innerhalb kurzer Zeit die zeitliche Arbeitszeit einzuführen. Somit wäre nach 7wöchiger Dauer der Friede wieder hergestellt. Die Organisation ist als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen, denn ihrer Vermeidung galt der eigentliche Kampf. Die durch die Ausperrungen der Fabrikanten bewiesen werden kann. Die Bahn für eine weitere Einmischung des christlichen Bedenkenverbandes in der Pfalz speziell ist nun frei. Hoffentlich sind sich auch die Arbeiter ihrer Pflicht bewußt.

Soziale Rundschau.

Die Krupp-Schmelzen im Saarrevier brachten dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter einen außerordentlichen Erfolg. Nücher waren die organisierten Arbeiter des Saarreviers Krupp-Schmelzen in der Minde und verstanden sie ihre Mandate in der Hauptache um den Nachwahlen, die seit dem Einsetzen des Gewerksvereins an der Saar geführt wurden. Der dortige Krupp-Schmelzenverein war so ein Feld für Arbeitervertreter von Werkstätten und der last. Facharbeiter. Die diesjährige Wahl hat nun bewiesen, daß die Arbeiter vorher sind, in der der Arbeiter das Lied dessen singt, dessen Brot er ist. Außerdem zeigte die Wahl, daß im Saarrevier in der Gewerkschaftsfrage die Würfel gefallen sind. Nicht Facharbeit, sondern Gewerksvereine ist die Lösung der Saarbergleute. Von 107 Spritzen erhielt der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 80 Stimmen und 76 Stellvertreter. Unabhängige Kasse wurde 5 und 14 Stellvertreter gewählt. Die Facharbeitungen erhielten 19 Kasse und 23 Stellvertreter. Die „Genossen“ und Kirche gingen leer aus. Wenn man berücksichtigt, daß von einer Entwicklung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter erst seit dem Jahre im Saarrevier geredet werden kann, so ist der erzielte Erfolg nicht hoch genug anzuschlagen. Vor allem aber ist es erfreulich, daß selbst Hochburgen der Facharbeitungen dem Willen der christlich organisierten Bergarbeiter nicht

Handhaken konnten. So wurde u. a. auch Sulzbach, die Pfalzberg des Herrn Pfarrer Foyer von ihnen erobert.

Aus Arbeitgebertreffen.

Aus vertraulichen Sitzungen des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ ist die sozialdem. Presse verschiedenes mitzuteilen in der Lage. Nach diesen Mitteilungen ist der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gar nicht gewillt den Arbeitern bei den im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifverträgen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Bereits auf einer am 19. Februar 1907 in Köln stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes wurden bezgl. der Erneuerung der Tarifverträge folgende Beschlüsse aufgestellt:
1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910, über bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.
2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden.
3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenem Streit und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.
Weitere Wink, wie der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu handeln gedenkt, wenn im Jahre 1908 keine Einigung auf der angebotenen Grundlage erzielt werden sollte, gab auf der am 31. Oktober in Berlin stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes dessen Vorsitzender Felsch. Anknüpfend an einen vom Bundesvorstande ausgearbeiteten Normal-Vertrag führte er aus:
„Das Endziel ist, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigung erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung größeren Umfangs angebrocht und durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, nur eine Kräftprobe unseres Bundes. Wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich bestmöglichst vorausgesetzt, daß sich an einer vorzunehmenden Aussperrung auch diejenigen Verbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben.“
Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe rechnet mithin von vornherein mit einer allgemeinen Aussperrung und sollte diese Last nicht unseren Kollegen Lehre genug sein, zur Festigung ihrer Organisation mit allen Mitteln zu streben.

Literarisches.

Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs. Verlag des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften, Köln. Preis 0,50 Mk., Abzahlungsansgabe 0,20 Mk. In übersichtlicher Weise ist in dieser Broschüre das vorhandene Material über die gelbe Gewerkschaftsbewegung zusammengetragen. Wir finden u. a. folgende Kapitel: „Der Ausdruck gelbe Gewerkschaften in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, „Epielerien gelber Organisationen“, „Die wahren Gründe“, „Von Typus der Gelben“, „Zur Theorie der Gelben“, „Deutsche Unternehmerverbände und die Gelben“. Wer die gelbe Gewerkschaftsbewegung studieren will, kann das treffliche Werkchen nicht entbehren. Den Mitgliedern des Verbandes kann der Kauf desselben nur empfohlen werden. Hoff ist in der Holzindustrie die Selbstsucht kaum anzutreffen, Gering wird sie trotz der geringfügigen Berliner Berührung jenseit auch hier finden, wenn die organisierte Arbeiterschaft der Holzindustrie der Entwicklung der Dinge teilnahmslos gegenübersteht würde. Der Kampf gegen die Gelben wird unter den Arbeitern der Holzindustrie von Erfolg begleitet sein, wenn sich die Kollegenschaft des Götterischen Spruches bewußt ist, der auch der Broschüre über die Gelben als Motto dient:
„Wenn Du Dich selber machst zum Knecht,
Bedauert Dich niemand, geht's Dir schlecht.“

Die an dieser Stelle angezeichneten Bücher sind durch die Buchhandlung des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften zu Köln, Palmstraße 14 zu beziehen.

Sinsprüche.

Und der „schönen Tat in Worten“
Kantaten wir belohn' entraten;
Was uns not tut allerorten,
Ist ein schönes Wort in Laten.

Wer mit dem Leben spielt,
Kommt nie zurecht;
Wer sich nicht selbst befiehlt,
Weiß immer Knecht.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Ströter & STREICH
Werkmeister, Tischler, Zischler.
Anschauungsmäßige, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Das Werkbüro, Lösningerstrasse Nr. 15.

Geometrische Büchertabrik
Rumburg (Pfalz).
Bücher und vorzüglichste Bezugspunkte für
alle Sorten Büchertwaren
für den Einzel- und industriellen Betrieb.
Nachfragen nach ein-jährigen Büchern prompt und billig. Aufträge werden auf gefällige Weise prompt zu Diensten.

Detmolds größte Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reinking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formlehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stilllehre 1.7. f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reinking, Detmold.

Der praktische Tischler
von Prof. Walde,
billig zu verkaufen.
Lieferung: Ströter & Streich

Ein tüchtiger Helfer
auf jedem Gebiet, der den höchsten Anforderungen genügt, ist ein tüchtiger Helfer, findet jeder Erleichterung gegen jeden Fall bei
Herrn Schmidt, Hildesheim, am 10. Dezember.

Zahlfelle Schramberg.
Unter
Generalversammlung
findet am 5. Januar statt.
Nützliches Erscheinen ist Pflicht!
Der Vorstand.